

# Nützliche Nachrichten 1 / 2018

## Dialog-Kreis

**„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“**

Postfach 90 31 70 · 51124 Köln · Tel. 0 22 03.126 76 · Fax 0 22 03.126 77 · [dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de)

**Spendenkonto** Dialog-Kreis · IBAN DE55 3705 0198 0009 1525 39 · BIC COLSDE33XXX

**Redaktion** Andreas Buro †, Mani Stenner †, Luise Schatz, Barbara Dietrich, Gisela Penteker und Memo Şahin,

Redaktionsschluss: 27. Januar 2018

[dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de)



Türkei bombardiert  
syrische Kurdenregion



## Inhalt

Leopard-Panzer, zerbombte Häuser in Afrin und die Haltung der Polizei in Köln!	2
Was bezweckt Erdogan mit dem Einmarsch nach Afrin?	3
Erklärung des Informationsbüros der Bewegung der Demokratischen Gesellschaft (TEV-DEM)	5
Türkische Armee setzt deutsche Panzer in Nordsyrien ein	7
Panzer für die Türkei	7
Keine Waffen an die Türkei!	10
Kein Panzer-Deal mit der Türkei!	11
Notstandsdekret – Weg frei für Lynchjustiz?	11
„Kurdistan“ – in der Türkei weiterhin ein kontroverser Terminus	12
„Nationale Allianz“ – Nationalistisch-islamische „Einheitspartei“ der Türkei?	13
Abgeordnetenmandat von Leyla Zana aberkannt	13
Ausnahmestatus verlängert	13
Schuldpruch für türkischen Banker wegen Umgehung der Iran-Sanktionen	14
Mädchen ab neun und Jungen ab zwölf Jahren dürfen heiraten	14
Diyanet erklärt Glücksspiele unislamisch	15
Die Inflation liegt bei 13 Prozent	15
Oppositionschef wirft Erdoğan Geschäfte in Steueroase vor	15
KCK veröffentlicht kritische Informationen über türkischen MIT	16
Karikaturen von Carlos Latuff blockiert	16
Außenminister der Türkei erwartet mehr von Deutschland	17
Anschlag auf den kurdischen Fußballspieler und Friedensaktivisten Deniz Naki	18
Deniz Yücel: „Für schmutzige Deals stehe ich nicht zur Verfügung“	18
Auch bei deutsch-türkischen Konsultationen sind die Kurden auf der Tagesordnung	19
Posten von YPG-Fahne nicht strafbar	20
Freibrief für Erdoğan's Agenten	20
„Haftfälle“ und Rüstungsexporte	23
Prozessbeobachtung in Istanbul und Diyarbakir	24
Adil Yigit: Vorher Aberkennung der Akkreditierung beim G20-Gipfel, nun Abschiebung	26
Nachrichtenagentur Firatnews (ANF) mit aktuellen Meldungen – nun auch auf Deutsch	27
Aufruf zur Solidarität mit politischen Inhaftierten in der Türkei	27
Erdoğan besucht Kriegsverbrecher al-Bashir	29
Der angezeigte iranische Ex-Richter ist ausgereist	29
medico: Spendenaufruf für Häuser der Hoffnung in Sirnak	30
HDP ruft zur Menschenrechtsbeobachtung nach Nordkurdistan	30
Neuerscheinungen	31

## Leopard-Panzer, zerbombte Häuser in Afrin und die Haltung der Polizei in Köln!

Edgar Auth

Man kann kaum so viel fressen, wie man kotzen möchte, schaut man sich den türkischen Einmarsch in die syrische Kurdenregion Afrin an. Auf der türkischen Seite zeigen die Fernsehbilder feuernde deutsche Leopard-Panzer, Raketenwerfer, einen martialischen Aufmarsch. Auf der kurdischen Seite das betrüblich Übliche: Menschen mit blutigen Verbänden um Kopf und Gliedmaßen, zerbombte Häuser, zerborstener Hausrat, Kämpfer, die sich mit Maschinengewehren wehren. Vor diesem Hintergrund verlief die Protestdemonstration am Samstag (27. Januar 2018) in Köln zunächst erstaunlich ruhig. Gegen zehn Uhr füllte sich der Ebertplatz, die Wartenden skandierten Slogans, zeigten Plakate: „In Afrin verteidigt die YPG unsere Freiheit – Deutschland liefert Waffen – Türkei tötet Unschuldige“. Allmählich wurde es eng auf der tief liegenden, einer Schüssel ähnlichen Fläche. Das war nichts für Menschen mit Platzangst. Erst gegen 12.30 konnte sich die Menschenmenge endlich langsam in Bewegung setzen. Aus den Medien war zu erfahren, dass verbotene Porträts des PKK-Chefs Abdullah Öcalan der Anlass für die Verzögerung gewesen seien. Es soll zu Rangeleien gekommen sein. Wer sich aber in der Menge eingekleidet aufhielt, kriegte davon kaum etwas mit. Und wer ohne Getränke und Essen auf dem engen Ebertplatz ausharren musste, konnte das Verhalten der überwiegenden Mehrheit der mindestens 25.000 Demonstranten nur als geduldig und besonnen einstufen. Dagegen wirkte das Zusammenpferchen der Demonstranten in der engen Vertiefung des Ebertplatzes wie eine Strategie der Einkesselung. Umso überraschender dann die vorzeitige Auflösung der Demonstration durch die Polizei, wieder wegen verbotener Öcalan-Porträts, wie Polizeisprecher Wolfgang Baldes sagte. Er stufte dies als klare Verstöße gegen die Auflagen der Ordnungsmacht ein. Dabei waren einige Demonstranten davon ausgegangen, dass nur bestimmte Öcalan-Fahnen mit einem bestimmten Hintergrund verboten gewesen



seien. Laut Polizei waren es aber alle. Gewalttätigkeiten wurden bis zum Nachmittag nicht bekannt. Auch die Auflösung des Zuges verlief bis dahin friedlich. Später setzte die Polizei Pfefferspray ein, vereinzelt knallten Böller.

Der kleinlich-strenge Umgang mit der Demonstration angesichts des haarsträubenden Anlasses erinnert an die insgesamt unverständlich verständnisvolle Zurückhaltung Deutschlands in dem Konflikt. Eine der wenigen vom syrischen Bürgerkrieg bislang weitgehend verschonten Regionen wird auf Geheiß Erdogans attackiert und zusammenkartätscht. Deutsche Panzer und Waffen spielen dabei eine Hauptrolle. Doch die Weltmächte, für die bislang die Kurden im Kampf gegen den IS die Kastanien aus dem Feuer geholt hatten, schauen weg. Russen und US-Amerikaner lassen Erdogan gewähren, der ihnen sichtbar auf der Nase herumtanzt. Erdogan scheint zwei Hauptmotive zu haben: Zum einen will er verhindern, dass sich an der türkischen Grenze eine zusammenhängende kurdische Autonomiezone etabliert, die mit ihren demokratischen und sozialen Eigenschaften für die türkischen Kurden attraktiv sein könnte. Zum anderen will er den innertürkischen Konflikt anheizen, denn es ist keineswegs ausgemacht, dass er bei bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit zusammenbekäme. Sollten aber türkische und kurdische Extremisten sich blutige Auseinandersetzungen liefern, so würde er von der zu erwartenden nationalistischen Stimmung profitieren und könnte womöglich den Kriegszustand verhängen, was ihm Wahlen auf absehbare Zeit ersparen würde.

Syriens Diktator Baschar al Assad wiederum kommt eine Schwächung der Kurden durchaus gelegen. Denn wenn er mit einer isolierten Zone in Afrin spezielle Beziehungen herstellen könnte, würde ihn das innenpolitisch stärken. Für die Großmächte ist das kurdische Dilemma nur ein kleines Puzzlesteinchen im Spannungsverhältnis zwischen Ost und West, zwischen Islam und Moderne, zwischen Iran und den Sunniten. Man benutzt die Kurden im Kampf gegen den IS und lässt sie fallen, wenn vermeintlich wichtigere Interessen zu bedienen sind. Russland enttäuscht dabei auf breiter Linie. Man kann nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte.



Beerdigung der von der türkischen Armee in Afrin getöteten Zivilisten

## Was bezweckt Erdogan mit dem Einmarsch nach Afrin?

Memo Şahin

Seit dem 20. Januar fliegen türkische Kampffjets über die kurdische Enklave Afrin in Syrisch-Kurdistan und bombardieren kurdische Städte und Siedlungen, in denen über eine Million Menschen leben. Am darauf folgenden Tag überquerten die türkischen Bodentruppen mit Panzern und schwerer Kriegsmaschinerie die Grenze. Sie wurden begleitet von mehreren hundert islamistischen Kämpfern aus Syrien. Innerhalb von drei Tagen wurden über 20 Menschen getötet und Dutzende verletzt.

Afrin ist ein Gebiet, wo sich Millionen Olivenbäume befinden. Die Region versorgt nicht nur Syrien mit Oliven und Olivenöl, sondern weitere Staaten der Region. Selbst die Namenswahl der Invasion – „Operation Olivenzweig“ – ist eine Provokation, mit der die Türkei das Symbol des Friedens beschmutzt.

Seit sieben Jahren findet der Krieg in Syrien statt. Erdogan hoffte auf einen schnellen Sieg seiner Schützlinge, der Djihadisten, wie dem IS (Islamischer Staat), der Al Nusra Front und den Moslebrüdern.

Obwohl die islamistischen Banden von der Türkei, Saudi-Arabien, Katar und einer Reihe von anderen islamischen Staaten militärisch, logistisch, politisch und finanziell unterstützt wurden, haben sie mit der Zeit alle Gebiete, die sie kontrollierten, verloren, und sind derzeit unter Obhut der Türkei in der Stadt Idlib eingekesselt.

### Die Kurden in Syrien

Die Kurden in Syrien erklärten, dass sie keine der Kriegsparteien im Bürgerkrieg, weder Syrien noch die islamistischen Organisationen, unterstützen würden. Sie konzentrierten sich auf die Verteidigung der kurdischen Gebiete und Organisation der Massen für eine pluralistisch-demokratische Gesellschaft. Ab Sommer 2012 befreiten sie die kurdischen Siedlungen nach und nach und installierten mit der einheimischen ethnisch und religiös durchmischten Bevölkerung Selbstverwaltungen, die sie Kantone nennen. Mit der Zeit entstanden so drei Kantone – Kobanê, Afrin und Cezire – entlang der syrisch-türkischen Grenze.

Die ethnisch-religiösen Minderheiten wurden in die Verwaltung mit aufgenommen. Neben Arabisch wurden auch Kurdisch und Aramäisch als Amtssprachen eingeführt. Dank dieser klugen Politik sind die von Kurden kontrollierten Gebiete vom Krieg verschont geblieben, bis auf die Stadt Kobanê, die im September 2014 von Banden der IS und mit Unterstützung der Türkei angegriffen und monatelang besetzt wurde. Nach einem heldenhaften Widerstand haben die kurdischen Selbstverteidigungskräfte die islamistischen Angreifer Ende Januar 2015 aus



Kobanê vertrieben und so den Beginn der Niederlage des IS eingeleitet.

Nachdem die kurdischen Volksverteidigungskräfte (YPG) den IS aus Kobanê und anderen Gebieten entlang der Grenze vertrieben hatten, wurden sie von der Anti-IS-Koalition als Partner anerkannt. Neben den USA pflegte eine Reihe weiterer Staaten, wie u.a. Frankreich, mit der YPG gute Kontakte. Die USA erleichterten mit ihren Luftschlägen den Vormarsch der YPG Einheiten nach Rakka und die Befreiung der Hauptstadt des IS im Oktober 2017.

Während dieser Zeit haben die Kurden neue Bündnisse geschmiedet. Neben Assyrern haben sie auch die benachbarten sunnitischen Araber ins Boot geholt und mit ihnen gemeinsam die Allianz der Demokratischen Syrischen Kräfte (DSK) gebildet. Nach der Eroberung von Rakka haben die USA erklärt, dass sie mit den Einheiten der DSK eine 30.000 Mann umfassende Grenzsicherungsarmee gründen möchten.

### **Die Rolle Russlands in Syrien**

Nachdem sich Russland in das Kriegsgeschehen Syriens auf Seiten des Assad-Regimes einmischte, haben die Kurden angefangen, punktuell im Nordwesten Syriens auch mit ihnen zu kooperieren. Dank der russischen Unterstützung konnten die Truppen der Baath-Partei die djihadistischen Banden aus vielen Gebieten und Orten vertreiben. Der überwiegende Teil der islamistischen Terrorbanden haben sich in die Stadt Idlib, die sich in Obhut der Türkei befindet, zurückgezogen. Seit mehreren Wochen sind die Truppen Assads im Vormarsch auf die letzte Bastion der Islamisten.

Nachdem die Russen in Syrien auf der Seite des Regimes Partei ergriffen haben, entstanden auch auf der internationalen Bühne neue Allianzen. Während Russland und Iran sich aktiv auf die Seite Assads stellten und die Türkei auf ihre Seite für die Verhandlungen in Astana zogen, haben die Amerikaner ihre Kontakte mit den Kurden intensiviert.

Auf dem internationalen Parkett finden mehrere Verhandlungen statt. Unter der Schirmherrschaft der UN werden Friedensverhandlungen in Genf geführt; in Astana/Kasachstan treffen sich die Kontrahenten unter der Obhut von Russland, dem Iran und der Türkei. Zu all diesen Treffen werden Kurden nicht eingeladen, obwohl sie fast ein Drittel der Fläche Syriens kontrollieren und eine funktionierende Verwaltung aufgebaut haben. Anscheinend sind die Kurden zum Kämpfen und Sterben gut, aber nicht gut genug, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen!

Eine Hintergrundinformation: Einen Tag vor den Luftschlägen und der Invasion der Türkei haben die Russen den kurdischen Akteuren in Syrien erklärt, dass sie Afrin in die Obhut des Regimes in Syrien geben sollten. Wenn dies geschehe und auf allen öffentlichen Plätzen und Verwal-

tungsgebäuden die syrische Fahne wehe, würde die Türkei Afrin nicht angreifen. Diesen schmutzigen Deal haben die Kurden abgelehnt. Das heißt wiederum mit anderen Worten, dass Russland der Türkei grünes Licht für ihre Invasion gegeben hat.

### **Was möchte Erdogan mit der Invasion Afrins erreichen?**

Erdogan hat mittlerweile verstanden, dass er mit seiner Syrienpolitik verloren hat. Keiner seiner Schützlinge, weder Moslembrüder noch Al Nusra und IS konnten sich in Syrien behaupten. Er weiß inzwischen auch, dass sich die Staatengemeinschaft inoffiziell zu einem sanften Übergang mit Bashar Assad bereiterklärt hat.

Als Gewinner gehen das Baath-System und die Kurden hervor. Erdogan hasst die Kurden wegen der über 20 Millionen Kurden im eigenen Land. Assad mag er nicht, weil der kein Sunnit ist. Und für die Islamisten in Idlib, die er in seine Obhut genommen hat, kann er keine rosige Zukunft anbieten.

Neben diesem Dilemma in Syrien hat er auch andere Kopfschmerzen im eigenen Land. Er möchte eine islamistische Alleinherrschaft installieren. Er ist Präsident der Türkei, beaufsichtigt die Geschäfte der Regierung und kontrolliert die Legislative, Exekutive und Judikative. Die vierte Säule, nämlich die Medien, hat er zu 98 % unter seine Kontrolle gestellt. Die Ergebnisse des Referendums im April 2017 wurden manipuliert. Mit einer Entscheidung der Wahlbehörde am Wahltag wurden Millionen von ungültigen Stimmen zu Stimmen für Erdogan.

Seit dem sogenannten Putschversuch am 15. Juli 2016 regiert er per Dekret. Dazu braucht er kein Parlament mehr, und das Land befindet sich im Ausnahmezustand. Doch Erdogan weiß, dass er mit Ausnahmezustandsregelungen das Land nicht ewig regieren kann. Er weiß auch, dass spätestens im Sommer 2019 neue Präsidentschaftswahlen bevorstehen. Alle Umfragen deuten darauf hin, dass er diese Wahl nicht gewinnen wird. Im Falle einer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen wird er vor Gericht gezerrt werden. Gründe hierfür sind genug da: Korruption, Umgehung der Iran-Sanktionen, die Unterstützung der djihadistischen Terrorbanden im gesamten Nahen Osten, Zerstörung ganzer Städte in Kurdistan und Ermordung hunderter ZivilistInnen.

Um weiter zu regieren und seine Alleinherrschaft aufzubauen und auch, um vor einem Prozess sicher zu sein, braucht er weitere und noch umfassendere Regelungen. Kann das sogenannte Kriegsrecht diesen Weg öffnen?

### **Kriegsrecht?**

Um den Ausnahmezustand zu erklären, brauchte er den Putschversuch. Um aber das Kriegsrecht auszurufen, braucht er weitere, tieferegreifende Gründe. Kann eine

grenzüberschreitende Invasion dazu den notwendigen Anlass liefern?

Ja, doch allein eine Invasion wird dabei nicht groß helfen. Wenn aber im Zuge der Invasion die Leichname der von „bösen“ Kurden getöteten türkischen Soldaten in die Türkei überführt werden, würde dies in der türkischen Gesellschaft weiteren Hass und Feindschaft gegenüber den Kurden schüren. Einige aufgebrachte Türken würden dann die benachbarten Kurden am Mittelmeer und der Ägäis, in Istanbul und Anatolien angreifen, was zu pogromähnlichen Attacken führen würde. Solche Angriffe haben wir in jüngster Vergangenheit mehrmals erlebt. Zuletzt nach den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015, die mit dem Einzug der prokurdischen HDP ins Parlament die Alleinherrschaft der AKP beendete, wurden binnen einer Woche etwa 500 Parteibüros der HDP in Brand gesteckt und mehrere Menschen von Lynchmob verletzt und getötet.

Um den aufgebrachten Türken und paramilitärischen Einheiten und Milizen, wie den „Osmanen“ oder den „Grauen Wölfen“, Straffreiheit zu gewähren, wurde in den vergangenen Wochen ein Dekret mit der Unterschrift von Erdogan erlassen. Die Mörderbanden, die auf Kurdenjagd gehen und erklären, sie würden „Terroristen und Vaterlandsverräter“ in die Schranken weisen, werden von der Justiz nicht verfolgt.

Halten wir fest: Mit der Invasion und dem Einmarsch nach Afrin, das heißt, dem Einmarsch des türkischen Militärs in einen anderen souveränen Staat, bezweckt Erdogan, meiner Meinung nach, ein Instrumentarium, um durch getötete türkische Soldaten das Kriegsrecht ausrufen zu können.

Wenn darauf folgend Pogrome oder Angriffe auf Kurden in der Türkei stattfinden, ist der Anlass zur Ausrufung des Kriegsrechts gegeben. Und wenn das Kriegsrecht erklärt wird, dann spielen die Wahlen keine Rolle mehr. So kann Erdogan, ohne wieder gewählt zu werden, weiterhin regieren und sein islamistisch-faschistisches Regime aufbauen.

Hoffentlich irre ich mich! Hoffentlich kommt es nicht zu solchen Entwicklungen. Wenn es aber dazu kommt und das Ganze sich zu einem Bürgerkrieg ausweitet, wird es viel schlimmer sein als in Syrien und in Ex-Jugoslawien. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung werden sich auch in Deutschland und der EU spürbar zeigen. Um dies zu verhindern, sind die Staatengemeinschaft und die Mächtigen dieser Welt aufgefordert, ihren Partner Erdogan in die Schranken zu weisen!

Der Beitrag wurde am 22. Januar 2018 verfasst.



## Erklärung des Informationsbüros der Bewegung der Demokratischen Gesellschaft (TEV-DEM)

Die Türkei ist sehr über die Errungenschaften Rojavas beim Sieg über den Islamischen Staat (IS) und beim Neuaufbau eines Systems, das auf direkter Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter, interethnischer Zusammenarbeit, Säkularismus und Umweltschutz beruht, beunruhigt. Der türkische Staat ist sich bewusst, dass die Stärkung dieses demokratischen Projekts, das als Vorbild für den Rest der Region dienen kann, gleichbedeutend mit dem Niedergang des Autoritarismus ist, für den er selbst steht. Deshalb mobilisierte der türkische Staat von Anfang an all seine Ressourcen, um die demokratische Selbstverwaltung in Rojava und Nordsyrien zu zerschlagen. Da die Entwicklungen in Rojava jedoch nicht aufzuhalten waren, hat der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan am 20. Januar den Beginn eines Krieges gegen Afrin verkündet; ein ruhiges Gebiet, das viele Flüchtlinge aus Idlib aufgenommen hatte. Durch diesen Flüchtlingsstrom wuchs die Bevölkerung von 500.000 im Jahr 2011 auf 1.200.000 im Jahr 2018 an.



Nicht lange nach Erdogans Kriegserklärung überflogen am Samstag um 16.00 Uhr Ortszeit 72 türkische Kampffjets den Afrin-Kanton, um mindestens 100 Punkte

anzusteuern, darunter auch Wohngebiete wie das Stadtzentrum von Afrin, das Rubar-Flüchtlingslager und einige zivile Einrichtungen. Bei dieser Angriffswelle wurden mindestens 13 Zivilist\*innen verletzt, 1 Kämpfer der YPG (Volksverteidigungseinheiten) und 2 Kämpferinnen der YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) sowie 6 Zivilist\*innen getötet. Gleichzeitig versuchten die türkische Armee und ihre Stellvertreter, darunter auch einige dschihadistische Gruppen, über die Dörfer Kurdo und Balia im Gebiet Bilbil die Grenze nach Afrin zu überqueren. Die YPG und YPJ schlugen die Angriffe sofort zurück und zwangen die türkischen Soldaten, sich zurückzuziehen. Am selben Tag begannen türkische Kräfte, die in der Stadt Mara in den besetzten Gebieten von al-Shahba stationiert waren, mit dem Beschuss des Bezirks Tal Rifat und des al-Shahba Staudamms.



Am Sonntag, den 21. Januar um 16:10 Ortszeit, begannen türkische Kampfflugzeuge mit der Bombardierung des Stadtzentrums von Afrin, der Gebiete SHERA, Şerawa, Raco, Leluna und Bilbila, Ayn Daqna, Mamula und Hejika in der Region Şera. Türkische Kampfflugzeuge bombardierten auch das Rubar-Flüchtlingscamp, in dem Binnenflüchtlinge aus Aleppo unterkommen. Nada Khalil, Geflüchtete aus Idlib, deren Unterkunft durch den Beschuss beschädigt wurde, erklärte: „Wir mussten unsere Heimat wegen der Unmenschlichkeit der Terrorgruppen verlassen und selbst hier werden wir nicht in Frieden gelassen, wohin sollen wir gehen?“

Während der Luftangriffe, unternahm die türkische Armee den Versuch einer Bodenoffensive auf Afrin. Von mehreren Punkten gab es zeitgleiche Angriffe, darunter auch im Gebiet Bilbilê. Da der Angriff erfolglos blieb, versuchte die türkische Armee die lokale Bevölkerung aus dem Gebiet zu vertreiben. Zudem wurde auf die Dörfer Celeme, Ishka, Basufane und Xelil Artilleriefeuer eröffnet. Zweifellos wäre dieser Angriff ohne die Erlaubnis Russlands nicht möglich gewesen, da russische Truppen in dem Gebiet stationiert waren und der Luftraum Afrins von Russland kontrolliert wird. Nach Informationen militärischer Quellen erfolgte die Autorisierung des Angriffes auf Afrin direkt über den „Afrin-Idlib-Verhandlungstisch“. So heißt es, dass Russland mit dem Beginn der Operation seine Truppen aus Afrin abgezogen

hat, da es gemeinsame Interessen mit dem türkischen Staat gebe.

Die türkische Armee unternahm eine weitere Bodenoffensive auf die Dörfer Balia und Tuval in Raco. Als sie erfolglos blieben, begannen sie mit einem Luftangriff auf diese Dörfer. Darüber hinaus zielt die türkische Armee auf zivile Autos an der Grenze, sowie auf archäologische Stätten im Gebiet Bulbul. Zum Beispiel beschossen sie das Dorf Qustal Mekdad im Bulbul Bezirk und das römisch-archäologische Gebiet „Nabi Hori“ mit Artilleriefeuer. Nachdem es an der Grenze zu Zusammenstößen mit der YPG gekommen war, begannen wieder türkische Flugzeuge die Städte Afrin und Mobata zu bombardieren. Die YPG erklärte, dass vier türkische Soldaten und 10 weitere Angreifer getötet wurden. In den letzten zwei Tagen haben türkische Kampfflugzeuge fast 20 Menschen, meist Kinder, massakriert.

Darunter befinden sich 8 Mitglieder einer arabischen Familie, die aus Idlib geflohen waren und wegen des Krieges in Afrin lebten. Die Familie ließ sich vor vier Monaten im Dorf Cilbir nieder und lebte in einem Flüchtlingszelt. Im Folgenden die Namen und das Alter der Opfer: Wael El Huseyn (1), Salameh Huseyn (6), Musab El Huseyn (6), Fatalah El Huseyn (8), Hadeel El Huseyn (10), Refeh El Huseyn El Homer (33), Ehmed El Huseyn (17), Samak El Huseyn (16).

Hervorstechend ist das Schweigen der internationalen Gemeinschaft. Abgesehen von den französischen Behörden hat sich bisher keine Seite für die Menschen von Afrin und Rojava ausgesprochen und vergessen, wie Rojavas Töchter und Söhne tapfer gegen eine der brutalsten Kräfte aller Zeiten kämpften. Es war Rojava das die Welt vor dem Bösen des IS rettete, aber es ist Rojava, das von der Welt vergessen wird, während es von einem NATO-Staat, der Türkei, angegriffen wird.

<http://civaka-azad.org/tuerkische-invasion-in-afrin/>, 22.01.2018





## Türkische Armee setzt deutsche Panzer in Nordsyrien ein

Schwere Vorwürfe erheben Kurden aus dem Kriegsgebiet um Afrin im Nordwesten Syriens gegen die deutsche Bundesregierung. Ihren Beobachtungen zufolge setzt die türkische Armee bei ihren Angriffen auf friedliche kurdische Dörfer auch Rüstungsgüter und Waffen aus Deutschland ein, berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am 22. Januar in Göttingen. „Für die Menschen in Afrin trägt die deutsche Bundesregierung deshalb Mitverantwortung für die Bombardements, die die Zivilbevölkerung treffen“, sagte der GfbV-Nahostexperte Kamal Sido. Augenzeugen hätten Leopard-II-Panzer aus deutscher Produktion identifiziert, mit denen das türkische Militär gegen kurdische Siedlungen vorrückte. Auch Luftbodenraketen, die von türkischen Kampfflugzeugen abgefeuert wurden, sollen aus Deutschland stammen oder mit deutscher Hilfe produziert worden sein.



„Die deutsche Bundesregierung und besonders Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries sowie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen müssen diese Berichte schnellstens überprüfen und dafür sorgen, dass die türkische Armee mit deutschen Waffen keinen Krieg führt“, forderte Sido. „Auch die Nato darf nicht tatenlos zusehen, wie eines ihrer Partnerländer einen Angriffskrieg beginnt.“

Im Jahr 2017 hat die Bundesregierung Waffen- und Rüstungsexporte in die Türkei mit einem Gesamtwert von mehr als 25 Millionen Euro genehmigt. Allein von Januar bis Ende August 2017 wurden 99 Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt 25,36 Millionen Euro erteilt. Es soll sich dabei zwar nicht um Panzer gehandelt haben, die in früheren Jahren geliefert wurden. Doch auch Infrarot-Wärmebildausrüstungen, Marinespezialausrüstung und -zubehör, militärische Luftfahrzeuge und -technik sowie ABC-Schutz-ausrüstung, Reizstoffe, militärische Elektronik, Feuerleitanlagen und Handfeuerwaffen haben im vergangenen Jahr zur Hochrüstung der türkischen Armee beigetragen.



In der Region Afrin leben nahezu eine Million Menschen. Die Hälfte von ihnen sind Flüchtlinge aus Aleppo. „In Afrin gibt es weder Bunker noch einen anderen wirksamen Schutz gegen Bomben und Granaten für Zivilisten“, berichtete Sido. „So müssen Frauen, Kinder und Alte in den Berghöhlen Zuflucht suchen. Ihre Lage ist sehr Besorgnis erregend. Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff waren schon lange sehr knapp, denn Afrin ist seit Jahren von der Türkei und syrischen Islamisten eingekesselt. Von außen kamen keine Hilfsgüter in die Region.“

Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de, 22.01.2018



## Panzer für die Türkei

Die Türkei nutzt bei ihrem Überfall auf die nordsyrische Region Afrin deutsche Panzer. Dies geht aus übereinstimmenden Berichten türkischer und kurdischer Medien hervor. Demnach handelt es sich um Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A4, die Berlin zwischen 2006 und 2014 aus Beständen der Bundeswehr an die Türkei geliefert hat, ohne – wie bei früheren Panzerverkäufen – ihre Nutzung strikt auf Einsätze gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags zu beschränken. Unmittelbar vor dem Beginn des Überfalls hat die Bundesregierung durchsickern lassen, sie werde die Aufrüstung der Leopard 2A4 mit modernster Schutz-ausrüstung genehmigen. Der Auftrag soll von Rheinmetall durchgeführt werden und gilt als Einstieg in den Bau einer Panzerfabrik in Karasu an der Schwarzmeerküste östlich von Istanbul, in der ein Rheinmetall-Joint Venture den neuen türkischen Kampfpanzer Altay bauen will. Der Rheinmetall-Konzern hofft, von Karasu aus weitere Länder der Region beliefern zu können, ohne Rücksichten auf deutsche Rüstungsexportvorschriften nehmen zu müssen. Berlin schaut wohlwollend zu.

## **Im Angriffskrieg**

Die Türkei nutzt bei ihrem Überfall auf die nordsyrische Region Afrin deutsche Panzer. Dies geht aus übereinstimmenden Berichten türkischer und kurdischer Medien hervor. Demnach haben die türkischen Streitkräfte, die am Wochenende Afrin zunächst mit Luftangriffen und Artilleriefeuer, anschließend auch mit Bodentruppen attackierten, auch Kampfpanzer des Typs Leopard 2A4 eingesetzt. Ziel der Operationen ist es, die syrisch-kurdische Selbstverwaltung der Region zu zerschlagen – parallel zu Ankaras brutaler Repression gegen kurdischsprachige Organisationen im eigenen Land. Die Türkei, die bereits 2016 zum ersten Mal nach Syrien einmarschierte, hält seit rund einem Jahr das Gebiet um die Orte Azaz, Al Bab und Jarabulus besetzt, um einen Keil zwischen Afrin und die weiter im Osten gelegene, gleichfalls kurdisch verwaltete Region Kobane zu treiben. Ergänzend attackiert sie jetzt Afrin selbst.<sup>[1]</sup> Bei ihrem Angriffskrieg stützt sie sich in großem Stil auf deutsche Waffen.

## **Kriegsschiffe, Kampfpanzer, Sturmgewehre**

Tatsächlich zählt die Türkei traditionell zu den zentralen Abnehmern deutscher Rüstungsexporte, wenngleich ihr in den vergangenen Jahren arabische Staaten von Algerien über Saudi-Arabien bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten den Rang abgelaufen haben.<sup>[2]</sup> Ankara hat neben Kriegsschiffen - U-Booten, Fregatten, Schnellbooten sowie Minenjagdbooten, die in der Türkei in Lizenz gefertigt werden – vor allem Panzer in der Bundesrepublik gekauft: Laut Angaben des Forschungsinstituts Bonn International Center for Conversion (BICC) entstammen von den knapp 2.500 Kampfpanzern des türkischen Heeres mehr als 720 deutscher Produktion. Dabei hat Berlin, wie das BICC berichtet, im Falle der rund 350 Kampfpanzer des Typs Leopard 2A4, die von 2006 bis 2014 aus den Beständen der Bundeswehr an die türkischen Streitkräfte geliefert wurden, auf eine bis dahin übliche vertragliche Festlegung verzichtet, der zufolge die deutschen Panzer nur zur kollektiven Verteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrages genutzt werden dürfen.<sup>[3]</sup> In der Tat sind die Leopard 2A4 denn auch bereits in Syrien eingesetzt worden – bei Kämpfen gegen den IS. Neben den Panzern verfügt die Türkei über deutsche Schusswaffen, die sie in Lizenz produzieren darf; dazu zählen insbesondere die Sturmgewehre G3 und HK33, das Maschinengewehr MG3 und die Maschinenpistole MP5.

## **„Wohlwollend prüfen“**

Hinzu kommt, dass die Bundesrepublik konsequent die optimale Funktionsfähigkeit der deutschen Kampfpanzer garantiert. So sind Berichten zufolge etwa im Januar 2017 Ersatzteile für die Leopard 2A4 in die Türkei geliefert worden.<sup>[4]</sup> Dem stand nicht entgegen, dass die türkischen Streitkräfte bei ihren Operationen in den Wohngebieten

der kurdischsprachigen Minderheit zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 immer wieder auch Panzer eingesetzt hatten. Die Operationen wurden von den Vereinten Nationen scharf kritisiert; laut dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte zerstörten die Streitkräfte während und nach erbitterten Kämpfen, bei denen mindestens 2.000 Menschen ums Leben kamen, mehr als 30 Städte und Stadtteile und trieben zwischen 355.000 und einer halben Million Bürger des eigenen Landes auf die Flucht.<sup>[5]</sup> Unmittelbar vor dem nun gestarteten Überfall auf die kurdische Region Afrin hat das Auswärtige Amt die Weichen für eine Modernisierung der türkischen Leopard 2A4 gestellt. Dabei geht es darum, deren Schutzvorrichtungen zu verbessern. Im Dezember 2016 hatten sich beim Einsatz des Kampfpanzers in Syrien empfindliche Schwachstellen gezeigt, die es dem IS ermöglichten, mehrere Panzer zu zerstören. Ankara hat im März 2017 beantragt, 100 Leopard 2A4 mit neuester Rheinmetall-Abwehrtechnologie ausstatten zu dürfen. Wie nun berichtet wird, hat Außenminister Sigmar Gabriel nach seinem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu am 6. Januar das Auswärtige Amt angewiesen, das Vorhaben auf die Tagesordnung der nächsten Rüstungsexport-Staatssekretärsrunde zu setzen und es „zu prüfen“ - und zwar „wohlwollend“.<sup>[6]</sup>

## **Ankara schwimmt sich frei**

Der Schritt gilt nicht nur deswegen als folgenreich, weil er den künftigen Spielraum des türkischen Heeres bei Operationen wie der aktuellen in Syrien deutlich vergrößert. Die Modernisierung der Leopard 2A4 wird von Beobachtern darüber hinaus als Vorbereitung für ein weitaus bedeutenderes Vorhaben eingestuft: für die Beteiligung von Rheinmetall am Bau einer Panzerfabrik in der Türkei. Hintergrund des Projekts ist, dass Ankara seine bisherige starke Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie der NATO-Länder, insbesondere von derjenigen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, systematisch zu verringern sucht. So hat es bereits 200 Kurzstreckenraketen des Typs B-611 in China gekauft und im vergangenen September einen Vertrag zur Beschaffung eines S-400-Luftabwehrsystems in Russland geschlossen.

Panzer will es im eigenen Land bauen lassen. Dazu haben türkische Waffenschmieden einen Prototyp für den Kampfpanzer Altay entwickelt, der nicht zuletzt einen Dieselmotor von MTU (Friedrichshafen) und eine Rheinmetall-Glattröhrkanone nutzen soll. Das Verfahren zur Vergabe des Produktionsauftrags läuft zurzeit. Als Favorit gilt der türkische Fahrzeughersteller BMC; die Firma gehört mehrheitlich dem Geschäftsmann Ethem Sancak, einem der reichsten Türken, der Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan eng verbunden ist.



### **Die Panzerfabrik für Nah- und Mittelost**

BMC hat bereits ein Gelände in Karasu an der Schwarzmeerküste östlich von Istanbul erworben, auf dem Werke zum Bau unterschiedlicher Fahrzeuge errichtet werden sollen, darunter Panzer und weiteres Kriegsgerät. Die Firma hat allerdings keinerlei Erfahrung mit dem Panzerbau - und will daher mit Rheinmetall kooperieren. Rheinmetall wiederum hat im Oktober 2016 eigens das Joint Venture RBSS (Rheinmetall BMC Savunma Sanayi, Rheinmetall BMC Defence Industry) mit Sitz in Ankara gegründet, das den Bau der Kampfpanzer organisieren soll. Mit Blick darauf bringt der Auftrag zur Modernisierung der Leopard 2A4, dessen Volumen auf eine Viertelmilliarde Euro geschätzt wird, dem Düsseldorfer Konzern nicht nur einen attraktiven Gewinn, sondern zudem die Möglichkeit, erste Personalbestände für die Panzerfabrik aufzubauen.<sup>[7]</sup> Von dieser wiederum erhofft sich Rheinmetall umfangreiche Geschäfte. Bereits jetzt ist nicht nur davon die Rede, dass das Joint Venture 1.000 Altay-Kampfpanzer für die türkischen Streitkräfte bauen soll. RBSS hofft darüber hinaus auf einen Auftrag zur Herstellung von bis zu 1.000 weiteren Kampfpanzern für das Emirat Qatar. Hintergrund ist, dass das Industriekomitee der qatarischen Streitkräfte mit fast 50 Prozent an der türkischen BMC beteiligt ist, die wiederum dem Joint Venture RBSS angehört. Dritter RBSS-Partner ist das Unternehmen Etika Strategi des Milliardärs Syed Mokhtar Albukhary aus Malaysia.<sup>[8]</sup> Ob es mit dessen Hilfe gelingen kann, den Verkauf von Altay-Panzern auch nach Südostasien zu vermitteln, ist unklar.

### **Polit-ökonomische Interessen**

Die Bundesregierung stellt dem Bau der Panzerfabrik keinerlei Hindernisse in den Weg. „Es war immer unsere Linie, die deutsche Regierung über unsere Pläne zu informieren“, bekräftigt Andreas Schwer, ein bei Rheinmetall führend mit dem Deal befasster Manager: „Wir tun nichts hinter ihrem Rücken.“<sup>[9]</sup> Schwer leitet seit Dezember 2017 die neue saudische Waffenschmiede SAMI (Saudi Arabian Military Industries), mit der auch Saudi-Arabien sich größtmögliche rüstungsindustrielle Eigenständigkeit sichern will.<sup>[10]</sup> Tatsächlich verhilft die Beteiligung von Rheinmetall an der Altay-Produktion nicht nur der deutschen Waffenschmiede zu einer besseren Weltmarktposition – sie trägt auch dazu bei, die Anbindung der Türkei an Deutschland punktuell zu festigen und so ihre Umorientierung nach Russland und China ein wenig zu bremsen. Rheinmetall ist mit der

Berliner Politik eng verbunden: Cheflobbyist des Konzerns ist Ex-Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), dem Aufsichtsrat gehört Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) an.

- [1] Nick Brauns: Krieg um Afrin. junge Welt 22.01.2018.
- [2] S. dazu Flüchtlingsabwehr in Nordafrika (I), Waffen für Ägypten und Man schießt deutsch.
- [3], [4] BICC Länderinformation Türkei. Dezember 2017.
- [5] Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights: Report on the human rights situation in South-East Turkey. July 2015 to December 2016. February 2017.
- [6] Bundesregierung will Aufrüstung türkischer Leopard-Panzer genehmigen. spiegel.de 19.01.2018. S. auch „Härtefälle“ und Rüstungsexporte.
- [7] Hans-Martin Tillack: Panzerlobby kann auf Türkei-Deal hoffen. stern.de 18.01.2018.
- [8] Margherita Bettoni, Frederik Richter, Hans-Martin Tillack: Deutsche Panzer für Erdogan. correctiv.org 09.03.2017.
- [9] Margherita Bettoni, Frederik Richter, Hans-Martin Tillack: Wie Rheinmetall den Bau von Panzern in der Türkei einfädelt. correctiv.org 03.08.2017.
- [10] Siehe dazu Man schießt deutsch. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7508/>, GERMAN FOREIGN POLICY 22.01.2018

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Tuerkei.219.0.html#c9647-->  
[www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com)

## Keine Waffen an die Türkei“



Die Türkei marschiert in Syrien ein – mit Leopard-2-Panzern aus Deutschland. Das ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Die GroKo-Verhandler/innen müssen darauf eine klare Antwort finden und Waffenlieferungen an die türkische Regierung stoppen!

Es ist ein schockierender Überfall. **Türkische Truppen sind völkerrechtswidrig in Syrien eingedrungen.**

An vorderster Front: Leopard-2-Panzer aus Deutschland.

<sup>[1]</sup> Präsident Recep Tayyip Erdogan trägt den Krieg in eine der letzten Regionen Syriens, in der noch Frieden herrschte und die Kurden sich selbstverwalteten. Hunderttausende Flüchtlinge aus anderen Regionen Syriens suchen dort Schutz. Eine humanitäre Katastrophe. Zudem eskaliert der syrische Bürgerkrieg weiter. Erdogan kalkuliert knallhart: Der Krieg lenkt von innenpolitischen Problemen ab.

Bisher hält sich die Bundesregierung mit Kritik an Erdogans Angriffskrieg sehr zurück. **Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) stellte sogar vor zwei Wochen noch der Türkei in Aussicht, genau jene Leo-Panzer nachzurüsten, die jetzt in Syrien töten.**<sup>[2]</sup> Das wäre die schlechteste Antwort, die Deutschland auf Erdogans Krieg geben kann.

**Die GroKo-Verhandler/innen müssen ein klares Zeichen für den Frieden setzen – und den Export von Waffen an die Türkei grundsätzlich verbieten.** Im Fall von Saudi-Arabien haben sie das getan. Sämtliche Waffenlieferungen sind gestoppt.<sup>[3]</sup> Die Ansage nach Riad: Solange ihr Krieg im Jemen führt, gibt es keine Waffen mehr. Jetzt braucht es genau die gleiche Ansage Richtung Ankara. Wenn die Partei-Chefs in Berlin zu ihrer ersten GroKo-Verhandlung zusammenkommen, wollen wir ihnen unseren Eil-Appell mit mindestens 100.000 Unterschriften überreichen. Fordern Sie jetzt: keine Waffenlieferungen an die Türkei!

Tauwetter zwischen Berlin und Ankara: In den letzten Monaten hatte sich einiges entspannt. Aktivist/innen und Journalist/innen wurden freigelassen. Verbale Angriffe

blieben aus. Doch diese erfreulichen Zeichen dürfen uns nicht davon abhalten, klare Konsequenzen zu ziehen, wenn Erdogan einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg startet – mit deutschen Waffen. **Gleichzeitig muss die Bundesregierung ihre Gesprächskanäle nach Ankara weiter nutzen, um die Türkei vom Krieg in Syrien abzubringen.**

Erdogan handelt sehr kalkuliert. Für den Sieg gegen den IS war die Welt auf die Hilfe der Kurdinnen und Kurden angewiesen. Doch seitdem das selbsternannte Kalifat zusammengebrochen ist, kann er offen gegen die kurdischen YPG-Einheiten vorgehen. Jetzt will er deren Organisation zerschlagen. **Die Kurden verwalten große Teile des Nordens und Ostens von Syrien föderal und setzen sich für die Gleichberechtigung der Konfessionen ein.**

Die Kriegsverbrechen in Syrien sind schon jetzt brutal: Die russische Luftwaffe bombardiert Schulen und Krankenhäuser. **Gemeinsam mit iranischen Milizen hungert die Assad-Armee hunderttausende Menschen gezielt aus.** Jetzt tritt auch noch die Türkei offensiv in den Krieg ein – mit Waffen aus deutscher Produktion. Hier hat Deutschland Verantwortung und Einfluss.

Denn gerade weil Erdogan sehr genau auf seine Interessen schaut, kann Deutschland ihn zum Einlenken zwingen. **Die letzten Monate haben gezeigt, wie sehr ihm an einer Entspannung im deutsch-türkischen Verhältnis gelegen ist.** Hierfür braucht es eine klare Haltung und einen Stopp aller Waffenexporte in die Türkei.

PS: Wie gestern bekannt wurde, hat die Große Koalition 21 Prozent mehr Waffenexporte genehmigt als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung.<sup>[4]</sup> Jetzt müssen die GroKo-Verhandler/innen damit Schluss machen – und bei der Türkei anfangen!

[1] „Mit Panzern aus Deutschland gegen YPG?“, Tagesschau.de, 23. Januar 2018

[2] „Türkische Militäroffensive bringt Gabriel in Bedrängnis“, Süddeutsche Zeitung Online, 22. Januar 2018

[3] „Bundesregierung stoppt Rüstungsexporte an arabische Verbündete“, Zeit Online, 19. Januar 2018

[4] „GroKo genehmigte mehr Waffenlieferungen als Schwarz-Gelb“, Spiegel Online, 24. Januar 2018

### Unterschrieben Sie bitte den Appell:

[https://www.campact.de/waffenexporte/appell/teilnehmen/?utm\\_campaign=%2Fwaffenexporte%2F&utm\\_term=Link2&utm\\_content=random-b&utm\\_source=%2Fwaffenexporte%2Fappell%2F&utm\\_medium=Email](https://www.campact.de/waffenexporte/appell/teilnehmen/?utm_campaign=%2Fwaffenexporte%2F&utm_term=Link2&utm_content=random-b&utm_source=%2Fwaffenexporte%2Fappell%2F&utm_medium=Email)

## Kein Panzer-Deal mit der Türkei!

Mit dem Einmarsch in Syrien heizt die Türkei einen entgrenzten Krieg weiter an. Der Stellvertreterkrieg um die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens wird jetzt auch mit deutschen Leopard-2-Panzern von Rheinmetall ausgefochten. Der Angriff auf den kurdischen Kanton Afrin in Nordsyrien verschärft die sich überlagernden Konflikte. Militärisch sind sie nicht zu lösen.

Der Kanton Afrin ist Teil des demokratischen Projekts Rojava und war bisher weitgehend vom Krieg verschont. Flüchtlinge aus anderen Regionen Syriens suchen hier Schutz. Nachdem der IS aus Rojava vertrieben werden konnte, wird in der Region eine demokratische Selbstverwaltung unter Einbeziehung aller ethnischen und religiösen Gruppen aufgebaut. Seit der Befreiung von Kobane unterstützt medico international den Aufbau des Gesundheitssystems und die Idee von Selbstorganisation und Gleichberechtigung als Alternative zur autoritären Herrschaft in den kurdischen Gebieten.

Ungeachtet der Implosion der Region und der bedenklichen Menschenrechtslage in der Türkei will der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel die Beziehungen zur Türkei verbessern. Nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu habe Gabriel sein Ministerium angewiesen, sich mit der Genehmigung des türkischen Panzer-Deals zu beschäftigen, berichteten der Spiegel und die Zeit. Die nächste Staatssekretärsrunde über Rüstungsexporte solle die Aufrüstung deutscher Leopard-2-Panzer für die Türkei wohlwollend prüfen. Dabei handelt es sich um die gleichen Panzer die von der Türkei jetzt gegen die Kurden in Nordsyrien eingesetzt werden.



Die deutschen Rüstungsexporte werden der Region keinen Frieden bringen – im Gegenteil. Die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch die Türkei ist nicht gewährleistet.

**Deshalb fordern wir den deutschen Außenminister und die Bundesregierung auf: Stoppen Sie den Panzer-Deal mit Erdogan! Keine Waffenlieferungen an die Türkei!**

Unterzeichnen Sie jetzt unseren Aufruf und schicken Sie ihn an Freundinnen und Freunde weiter. medico international wird diese Petition mit allen Unterschriften dem deutschen Außenminister überreichen – noch vor der entscheidenden Sitzung der Staatssekretäre über Rüstungsexporte, um den schmutzigen Panzer-Deal zu verhindern.

**Kein Panzer-Deal mit der Türkei!**

[https://www.medico.de/kampagnen/kein-panzerdeal/?tx\\_powermail\\_pi1%5Baction%5D=create&tx\\_powermail\\_pi1%5Bcontroller%5D=Form&cHash=29af6d5aca7040912ca5b7e89124ffb7](https://www.medico.de/kampagnen/kein-panzerdeal/?tx_powermail_pi1%5Baction%5D=create&tx_powermail_pi1%5Bcontroller%5D=Form&cHash=29af6d5aca7040912ca5b7e89124ffb7)

## Notstandsdekret – Weg frei für Lynchjustiz?

Seit fast eineinhalb Jahren wird die Türkei aufgrund des Ausnahmezustandes mit Notstandsdekreten des Präsidenten regiert. Der Ausnahmezustand ist immer wieder verlängert und im Umfang sehr viel weiter gefasst worden, als es ein Schutz- und Aufklärungsinstrument gegen die Putschisten des 15. Juli 2016 nahelegen würde. Die Notstandsdekrete, von denen bis dato 30 veröffentlicht wurden, spiegeln mittlerweile nicht mehr die Ausnahme, sondern den Regelfall des „Gesetzgebungsverfahrens“ in der Türkei wider. Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes wenige Tage nach dem sogenannten Putschversuch hat das türkische Parlament de facto keine legislative Funktion mehr und der Präsidentenpalast, so scheint es, regelt alles: von der Gesundheitsvorsorge für Richter über die Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern bis hin zur Winterreifen-Verordnung.

Das aktuelle Dekret 696 löste jedoch einen Sturm der Entrüstung aus. Es stellt alle Misshandlungen der Putschnacht und alle weiteren Folterhandlungen, die im Zusammenhang mit der Putschnacht stehen, von der Strafverfolgung frei. In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli soll es mehrere Fälle gegeben haben, bei denen Bürger die Putschisten misshandelt und vielleicht sogar getötet haben sollen. Kritiker sprechen von einer Generalamnestie und befürchten, dass dies in Zukunft einen Freifahrtschein für ungezügelter Gewalt und Misshandlungen gegen Oppositionelle bedeute und den Aktionen paramilitärischer Einheiten Vorschub leiste, da im Dekret nicht präzisiert sei, für welchen Zeitraum diese „Straffreiheit“ gelten solle. Da



der Begriff des „Terrors“ in der Türkei so weitgefasst und vage ist, könne ein Bürger, der einen umstürzlerischen Geist wittert und eigenmächtig zur Tat schreitet, nun vor Gericht als Widerstandskämpfer durchgehen, so Kritiker. Rechtsanwälte und Juristen, die sich zum Dekret positioniert haben, erklären, dass vor allem der Zusatz „in diesem Zusammenhang nachfolgende Ereignisse“ problematisch sei. Dieser Zusatz sei weit auslegbar und könne u.a. auch friedliche Proteste betreffen.

Bülent Tezcan, Sprecher der größten Oppositionspartei CHP, erklärte in einer Pressekonferenz, solch eine Regelung dürfe in einem seriösen Staat nicht existieren. Nur in militäristischen oder faschistischen Diktaturen gebe es so etwas. Die Regelung würde eine zivile und bewaffnete Bande in staatlicher Hand hervorrufen. Seine Partei wolle dieses Dekret vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Das türkische Verfassungsgericht hatte sich schon vor Monaten hinsichtlich der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Notstandsdekrete als „nicht zuständig“ erklärt. Die Chefin der neugegründeten Iyi-Partei, Meral Akşener, twitterte: „Das neue Dekret bedeutet, das Land in den Bürgerkrieg zu zerren.“ Auch der ehemalige – und ansonsten wort-scheue – Staatspräsident Abdullah Gül meldete sich zu Wort. In einem Beitrag auf Twitter erklärte Gül, dass die Regelung in Zusammenhang mit Zivilisten für einen Rechtsstaat problematisch sei: „Ich hoffe, dass dies überprüft wird, damit es keine Ereignisse und Entwicklungen ermöglicht, die uns in Zukunft alle beunruhigen würden“, so das frühere Staatsoberhaupt. In den darauffolgenden Tagen gab es ein regelrechtes Wortgefecht zwischen Gül und dem amtierenden Präsidenten Erdoğan, das über die Medien und Twitter ausgetragen wurde. Ohne ihn beim Namen zu nennen, beschuldigte Erdoğan seinen Vorgänger, auf der Seite der Opposition zu agieren. Der Präsident der türkischen Anwaltskammer, Metin Feyzioğlu, zeigte sich schockiert und mutmaßte, dass die Regelung es im Grunde den Bürgern erlaube, „sich gegenseitig umzubringen“.

### **Einheitskleidung für Gefangene**

Neben dem viel diskutierten Erlass 696 trat noch ein weiteres Dekret in Kraft, mit dem die Massenentlassungen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung fortgesetzt wurden. So sollen weitere 2.700 Beamte, hauptsächlich Lehrer, Soldaten und Mitarbeiter von Ministerien, entlassen, mehrere Gewerkschaften sowie zwei Lokalzeitungen geschlossen werden. Seit dem Putschversuch und der Verhängung des Ausnahmezustands im Juli 2016 wurden mehr als 150.000 Staatsbedienstete suspendiert oder entlassen.

Außerdem sollen ab sofort im Zusammenhang mit dem Putsch oder mit Terroranschlägen festgenommene Verdächtige in einheitlicher Kleidung vor Gericht erscheinen. Während mutmaßliche Putschisten, insgesamt 6.500

Personen, braune Overalls tragen sollen, ist die Farbe für „Terrorverdächtige“, insgesamt 53.500 Personen, grau. Derartige Einheitskleidung ist insbesondere aus dem US-Gefangenenlager Guantánamo bekannt.

Menschenrechtsorganisationen kritisierten diese Entscheidung, da schon vor einer gerichtlichen Entscheidung dem Verdächtigen das Etikett des Schuldigen angeheftet werde. Erdoğan hingegen verteidigte das Dekret: „Dies ist ein Wunsch der Opferhinterbliebenen. Diese Leute werden von nun an vor Gericht mit einheitlicher Kleidung auftreten. Die Zeiten, wo sie mit Krawatte und schicken Anzügen vor dem Richter standen, sind vorbei.“

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## **„Kurdistan“ – in der Türkei weiterhin ein kontroverser Terminus**

Die Haushaltsdebatte zum türkischen Staatsbudget für 2018, die am 12. Dezember begonnen hatte, ist im „Rekordtempo“ von 12 Tagen abgeschlossen worden. Eine der intensivsten Diskussionen schloss sich dabei bezeichnenderweise nicht an eine Budgetfrage, sondern eine Äußerung des der pro-kurdischen Partei HDP angehörenden Abgeordneten und früheren langjährigen Oberbürgermeisters der Stadt Diyarbakir, Osman Baydemir, an. Seine Selbstdefinition als „Abgeordneter aus Kurdistan“ hatte in der Haushaltsdebatte heftige Reaktionen von AKP- und MHP-Abgeordneten ausgelöst.

Die amtierende Vizepräsidentin des Parlaments, Ayşe Nur Bahçekapılı (AKP), früher einmal Aktivistin der „Sozialdemokratischen Volkspartei“, befragte Baydemir daraufhin, was er mit „Kurdistan“ meine, worauf der Kritisierte seine Hand auf sein Herz legte. Die Vizepräsidentin erklärte dazu, dass es „in der Türkei keinen geographischen oder politischen Terminus ‚Kurdistan‘“ gebe und belegte den Abgeordneten mit einer Ordnungsstrafe gemäß der neuen Geschäftsordnung des türkischen Parlaments. Diese untersagt u.a. die Verwendung der Begriffe „Kurdistan“ und „kurdische Provinz“, aber auch die des Begriffs „Genozid an den Armeniern“. Diese Begriffe fallen in die Kategorien „Beleidigungen und Anschuldigungen gegen die Geschichte und gemeinsame Vergangenheit der türkischen Nation“ bzw. „Verwendung von gesetzes- und verfassungswidrigen Substantiven und Adjektiven in Bezug auf die Siedlungen und die Verwaltungsstruktur der Republik Türkei“.

Zuwiderhandlungen können mit dem Ausschluss von bis zu drei Plenarsitzungen des Parlaments und einer Diä-

tenkürzung von TL 12.000 (ca. 2.800 EUR) bestraft werden. Der HDP-Abgeordnete Baydemir wurde so aufgrund eines Beschlusses der Parlamentsmehrheit aus AKP und MHP von zwei Plenarsitzungen ausgeschlossen und erhielt zudem eine saftige Diätenkürzung in Höhe von TL 12.000.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## „Nationale Allianz“ – Nationalistisch-islamische „Einheitspartei“ der Türkei?

In der Türkei bahnt sich eine brisante Allianz zwischen der regierenden islamisch-konservativen AKP und der rechtsgerichteten „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) an, aus der ein großer nationalistisch-islamischer Block entstehen könnte. MHP-Parteichef Devlet Bahçeli kündigte vor Journalisten an, seine Partei werde bei der Präsidentschaftswahl 2019 keinen eigenen Kandidaten nominieren und stattdessen den amtierenden Präsidenten Erdoğan unterstützen.

Eine Unterstützung auch über 2019 hinaus sei möglich, so Bahçeli. MHP und AKP könnten in einer „Volksallianz“ gemeinsam antreten. Beobachter werteten diese Aussage des 70-jährigen Parteiführers als ein Angebot an Erdoğan, ein langfristiges Bündnis zwischen MHP und AKP zu schmieden, an dessen Ende die MHP in der AKP aufgehen würde. Nachdem mehrere AKP-Politiker positiv auf dieses Angebot reagiert hatten, ging auch Erdoğan darauf ein. „Wir hoffen, in Zukunft mit der MHP Seite an Seite zu gehen“, erklärte er vor Parteifunktionären. Wenige Tage später empfing er Bahçeli zu einem Gespräch im Präsidentenpalast. AKP-Sprecher Mahir Ünal teilte nach dem Tête-à-tête der beiden Parteivorsitzenden mit, beide Parteien würden nun einen gemeinsamen Parlamentsausschuss bilden, um die Gesetzgebung zu „harmonisieren“. Für die Zulassung eines Wahlbündnisses, wie es Bahçeli vorschwebt, wäre eine Wahlgesetz-Änderung erforderlich. Ünal sprach von einem „nationalen Pakt“.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## Abgeordnetenmandat von Leyla Zana aberkannt

„Eine nationalistische Parlamentsmehrheit in der Türkei hat der kurdischen Abgeordneten Leyla Zana von der Demokratischen Partei der Völker (HDP) das Abgeordnetenmandat aberkannt. Es ist einfach nur beschämend, wie der deutsche Außenminister Gabriel Teekränzchen mit seinem türkischen Amtskollegen Cavusoglu abhält, während die Verfolgung von Oppositionellen in der Türkei auf allen Ebenen weitergeht“, erklärt die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die im Rahmen des Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags die Patenschaft für Leyla Zana übernommen hat.

Jelpke weiter: „Die Begründung für den Mandatsentzug ist bezeichnend: Leyla Zana hatte bei ihrer Vereidigung vor zwei Jahren nicht den ausgrenzenden nationalistischen Begriff ‚türkische Nation‘, sondern stattdessen ‚Nation Türkei‘ verwendet, um die Türkei als das zu beschreiben, was sie in der Realität ist: ein Land, in dem die türkische Identität eine unter vielen anderen ist. Bereits 1994 war Zana und weiteren kurdischen Abgeordneten zuerst die Immunität und anschließend der Abgeordnetenstatus entzogen worden, ehe sie verhaftet und für 10 Jahre inhaftiert wurden. Der erneute Entzug von Zanas Abgeordnetenmandat zeigt ein weiteres Mal den rassistischen und kolonialistischen Charakter des Erdogan-Regimes. Meine Solidarität gehört Leyla Zana als einer Symbolfigur für den Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Selbstbestimmung sowie der HDP als einer Partei, die für die Demokratisierung der ganzen Türkei und eine politische Lösung der kurdischen Frage eintritt. Ich erwarte auch von der Bundesregierung, sich für die Rechte der Opposition in der Türkei und die Rechte kritischer Parlamentarier einzusetzen.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE, [www.ulla-jelpke.de](http://www.ulla-jelpke.de)

## Ausnahmezustand verlängert

Das türkische Parlament hat am 18. Januar den Ausnahmezustand zum sechsten Mal für weitere drei Monate verlängert. Begründet wurde das mit einer anhaltenden Terrorgefahr. Der Ausnahmezustand ermöglicht es Staatspräsident Erdoğan, überwiegend per Notstandsdekret zu regieren. Außerdem kann die Untersuchungshaft auf bis zu sieben Jahre ausgedehnt werden. Die Opposition und Wirtschaftsverbände kritisierten die Verlängerung.

<https://www.tagesschau.de/ausland/tolu-ehemann-festnahme-101.html>, 18.01.2018

## Schuldspruch für türkischen Banker wegen Umgehung der Iran-Sanktionen

In den USA hat der Prozess gegen den ehemaligen Vizechef der staatlichen Halkbank, Mehmet Hakan Atila, mit einem Schuldspruch geendet. Im Prozess hätte eigentlich der türkisch-iranische Goldhändler Reza Zarrab auf der Anklagebank sitzen müssen. Doch der hatte kurz vor Beginn der Verhandlungen die Seite gewechselt und sich schuldig bekannt; er trat dann als Kronzeuge der Anklage auf.

Im Verfahren, in dem es um illegale, weil US-Sanktionen umgehende Goldgeschäfte mit dem Iran ging, hatte Zarrab ausgesagt, der türkische Präsident Erdoğan habe den Geschäften mit dem Nachbarland zugestimmt. Die US-Staatsanwaltschaft hatte ihm vorgeworfen, im Auftrag Teherans große Mengen an Gold in den Iran verbracht zu haben, um illegale iranische Öl- und Gasexporte zu bezahlen. Über mehrere Tage beschrieb Zarrab vor Gericht, wie Atila dem Iran geholfen hatte, trotz bestehender Sanktionen Öl-Geschäfte in Milliardenhöhe abzuwickeln. Zarrab hat nach eigener Aussage seine Geschäfte über die Halkbank abgewickelt und mehreren Ministern der Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Erdoğan große Summen zur Bestechung und als Beteiligung an seinen Geschäften gezahlt. Wann Zarrab verurteilt wird, ist noch unklar. Experten gehen davon aus, dass der gebürtige Iraner recht glimpflich davonkommen wird.

Die Jury befand Atila, nach Zarrabs Schuldeingeständnis der einzige Angeklagte im Verfahren, in fünf von sechs Anklagepunkten für schuldig, u. a. des Bankbetrugs, der Verschwörung zur Geldwäsche und der Umgehung von Sanktionen. Atila habe seine „hohe Position bei einer türkischen Bank genutzt, um die Transaktionen als humanitäre Lebensmittellieferungen zu tarnen“, so die Staatsanwältin. Das Strafmaß soll aber erst am 11. April verkündet werden. Dem 47-jährigen droht eine jahrelange Haftstrafe.

Ankara, das den Prozess von Beginn an als eine Gülen-Verschwörung gegen die Türkei abgetan hatte, hat das Urteil zurückgewiesen: „Das US-Gericht hat sich auf der Grundlage sogenannter Beweise, die nur auf Fälschung und politischem Missbrauch basieren, auf beispiellose Weise in die inneren Angelegenheiten der Türkei eingemischt“, so das türkische Außenministerium. Vizeministerpräsident Bozdağ erklärte auf Twitter, das Urteil gegen Atila sei „eine rechtliche Schande“; es handele sich um eine „politische Verschwörung“, die keine juristische Bedeutung für die Türkei habe.

Präsident Erdoğan hat die Verurteilung Atilas zurückgewiesen: „Was wir in Amerika sehen, ist eine Reihe schwerwiegender Verschwörungen“, so Erdoğan am Tag nach Verkündung des Urteils. „Wenn das das Verständnis der USA

von Gerechtigkeit ist, dann ist die Welt verloren“, fügte er hinzu. Er ließ auch erkennen, dass er den Fall nicht einfach hinnehmen werde. „Das beschmutzt den Namen unserer Bank auf internationaler Ebene“, so Erdoğan. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

### ERDOGANS „NEUE TÜRKEI“

## Mädchen ab neun und Jungen ab zwölf Jahren dürfen heiraten

In den letzten Wochen hat es weitere kleine Schritte hin zu der von Präsident Erdoğan immer wieder beschworenen „Neuen Türkei“ gegeben. Sie vollziehen sich auf sehr unterschiedlichen Gebieten; mal ist das kommunale Baurecht betroffen, mal die Ehefähigkeit von Kindern (!).

In Zeytinburnu, einem Istanbuler Stadtbezirk auf der europäischen Seite, in dem die Regierungspartei AKP die Mehrheit der kommunalen Mandatsträger stellt, hat das Kommunalparlament gegen die Stimmen der CHP-Stadtverordneten eine neue kommunale Bauverordnung beschlossen. Sie sieht vor, dass die gerade in der Vorbereitung befindlichen großen städtischen Neubauprojekte bestimmte Regeln beachten müssen, die – wie es die Stadtbezirksverwaltung nennt – den „Bedürfnissen der Bevölkerung“ Rechnung tragen. Demgemäß dürfen neue Wohnkomplexe nicht mehr – wie bisher in der Türkei durchaus üblich – Außen-Pools zur Nutzung für die Bewohner umfassen; freie Flächen zwischen den Gebäuden sind vielmehr als Grünflächen auszuweisen. Indoor-Pools sind hingegen weiterhin statthaft. Mit der Begründung, man wolle „unerwünschte und unmoralische Ereignisse“ unterbinden, wird zudem der Bau von Ein-Zimmer-Wohnungen stark begrenzt. Bauherren erhalten des Weiteren die Auflage, dass ihr Bauprojekt jeweils eine Moschee umfassen muss.

Mehr Aufsehen erregte hingegen eine Erklärung des Staatlichen Amtes für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) zur Ehefähigkeit von Kindern. Danach dürfen/können Mädchen ab neun und Jungen ab zwölf Jahren heiraten. Diese Erklärung löste eine Protestwelle von Anwaltskammern, Frauenorganisationen und einigen oppositionellen Parlamentsmitgliedern aus. Zunächst habe die Regierung – gegen alle Proteste – Muftis das Recht eingeräumt, Ehen zu schließen – ein eindeutiger Verstoß gegen den laizistischen Charakter der staatlichen Ordnung in der Türkei. Nun öffne Diyanet durch seine Erklärung „der Kinderehe und der Pädophilie“ den Weg. Daraufhin sah sich Diyanet veranlasst zu erklären, seine Aussage zur Ehefähigkeit sei „verzerrt dargestellt“ und „missverstanden“ worden.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)



## **Diyanet erklärt Glücksspiele unislamisch**

Eine Fatwa, ein islamisches Rechtsgutachten, sorgt kurz vor Silvester für Diskussionsstoff. Diyanet, das staatliche Amt für religiöse Angelegenheiten, hat in einer Erklärung auf der eigenen Webseite die beliebte Volkslotterie „Milli Piyango“ und alle anderen Arten von Glücksspiel für „unislamisch“ erklärt. Auch wenn der Staat durch die Lotterie große Gewinne erziele, ändere das nichts an der Tatsache, dass es sich weiterhin um eine Sünde handele. Die Volkslotterie, die traditionell am Silvesterabend große Gewinne verspricht, ist vor allem in den unteren Bevölkerungsschichten der Türkei sehr beliebt. Kurz zuvor hatte Diyanet auch den Bitcoin für unislamisch erklärt. Der Bitcoin ist der bekannteste Vertreter der Digital- oder Kryptowährungen. Als Grund nannte die Behörde, dass der Preis der Internetwährungen durch Spekulation bestimmt werde. Anders als herkömmliche Währungen werden sie nicht von Zentralbanken und Regierungen kontrolliert.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## **Die Inflation liegt bei 13 Prozent**

Die Inflation in der Türkei ist auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2003 gestiegen: Die jährliche Preissteigerungsrate legte im November verglichen mit dem Vorjahresmonat auf 12,98 Prozent zu, so das türkische Statistikamt. Sie überstieg damit die Teuerungsrate von 2008, die während der Weltwirtschaftskrise bei knapp 12 Prozent gelegen hatte. Transport (knapp 18,5 Prozent) und Lebensmittel (etwa 15,7 Prozent) lagen an der Spitze der Preissteigerungen. Parallel zur steigenden Inflationsrate verlor die Türkische Lira zuletzt rasant an Wert. Präsident Erdoğan spricht sich jedoch immer wieder gegen eine Zinserhöhung als Mittel der Inflationsbekämpfung aus, um das Wirtschaftswachstum nicht zu bremsen. Die türkische Zentralbank, die schon seit Langem die Auseinandersetzung mit dem Präsidenten und seinem Wirtschaftsberaterstab scheut, beließ den Leitzins bei 8 Prozent. Lediglich die Kosten für Notkredite, die sich Geldinstitute bei der Notenbank besorgen können, verteuerte sie geringfügig und erhöhte den entsprechenden Zinssatz um einen halben Prozentpunkt auf 12,75 Prozent. Stagnierende Wirtschaft und instabile politische Bedingungen gepaart mit einem Sicherheitsrisiko sorgen offenbar vermehrt für Kapitalflucht. „Ich höre, dass manche Geschäftsleute planen, ihr Vermögen ins Ausland zu schleusen“, kritisierte der Präsident. Er forderte seine Regierung auf, Schritte gegen diejenigen zu unternehmen, die in der

Türkei erzielte Gewinne ins Ausland schleusten und so „Verrat am Vaterland“ begingen. Nur 24 Stunden später ruderte Erdoğan zurück: „Die Türkei ist ein Land, in dem freie Marktwirtschaft herrscht.“ Jeder habe das Recht, sein Geld ins Ausland zu transferieren. Der Präsident appellierte aber zugleich an die Geschäftswelt, Vertrauen in die türkische Wirtschaft zu zeigen.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## **Oppositionschef wirft Erdoğan Geschäfte in Steueroase vor**

Neben dem Zarrab-Prozess in den USA bereitet dem türkischen Präsidenten zurzeit ein anderer Vorwurf heftige Kopfschmerzen. Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu von der sozialdemokratischen CHP wirft Erdoğan vor, über seine Verwandten große Geldsummen auf die britische Isle of Man transferiert zu haben. Die Insel in der Irischen See ist als Steueroase bekannt; zu ihren wichtigsten „Wirtschaftszweigen“ gehören Sitze von Briefkastenfirmen.

In einer Rede vor seiner Fraktion sagte Kılıçdaroğlu, er könne anhand von Dokumenten beweisen, dass Angehörige Erdoğan's rund 14 Mio. US-Dollar – vorbei am Fiskus – auf die Insel überwiesen hätten. Eine Woche zuvor hatte der Sozialdemokrat Erdoğan öffentlich gefragt: „Weißt du, dass deine Kinder, dein Schwager, der Schwiegervater deines Sohnes, dein Bruder und dein ehemaliger Assistent Millionen in ein Steuerparadies transferiert haben?“ Erdoğan hatte Kılıçdaroğlu daraufhin versichert, wenn es Beweise gäbe, dass er „auch nur einen müden Pfennig“ auf ausländischen Konten besitze, werde er keine Minute länger im Amt bleiben. Für großes Aufsehen bei der Opposition hatte die Aussage Erdoğan's jedoch nicht gesorgt, da in der Türkei nahezu täglich von Spitzenpolitikern derartige Rücktrittsversprechen gemacht werden, die am Ende natürlich nie eingehalten werden. Doch dieser Auftritt von Kılıçdaroğlu sorgte für erhebliche Nervosität auf der Chefetage der Regierungspartei. Anders ist wohl kaum zu erklären, dass der Staatssender TRT – per Definition eigentlich „überparteilich und unabhängig“ – seine Liveübertragung just in dem Moment beendete, als Kılıçdaroğlu seine Steuerhinterziehungsvorwürfe an Erdoğan richtete. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei legte Dokumente vor, die den Geldtransfer und die damit einhergehende Steuerhinterziehung beweisen sollen. „Du forderst von deinen Mitbürgern, ihre Steuern zu zahlen, während du deine eigenen Kinder, deine Verwandten schickst, eine Firma auf einer Insel zu gründen und Millionen Dollar dorthin zu überweisen“, so Kılıçdaroğlu weiter.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## KCK veröffentlicht kritische Informationen über türkischen MIT

Der Kovorsitz der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) hat Informationen und Dokumente in Bezug auf eine Operation, bei der zwei Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT verhaftet wurden, veröffentlicht.



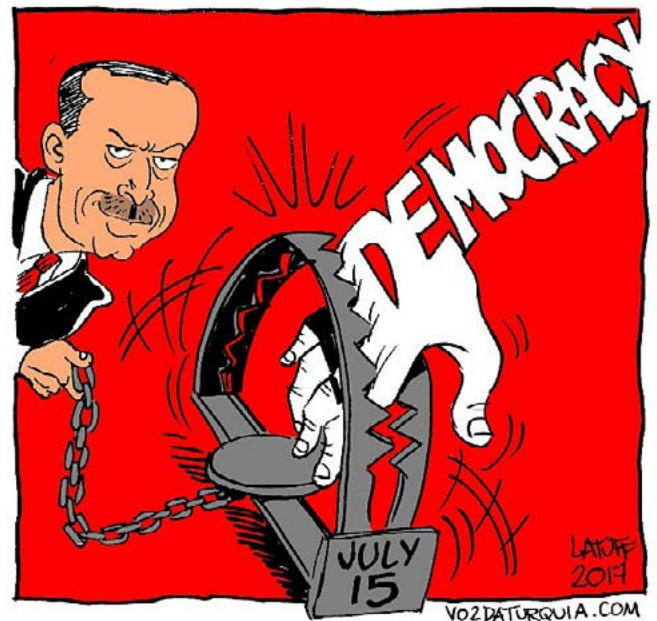
Im Rahmen der „Revolutionären Vergeltungsoperation Şehid Sakine Cansız“ wurden im vergangenen August zwei Topagenten des türkischen Geheimdienst MIT festgenommen. Der Kovorsitz der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) hat nun Informationen und Dokumente der Operation veröffentlicht. Demnach handelten die Agenten auf Anweisung des Leiters des türkischen Inlandsgeheimdienstes Hakan Fidan, den Präsident Erdoğan als „mein Geheimnishüter“ benennt.

Durch die von einer Spezialeinheit der Volksverteidigungskräfte (HPG) durchgeführte Operation konnten wichtige Informationen und Dokumente zu Topagenten, Mitgliedern und Informanten des türkischen Geheimdienstes sichergestellt werden. In der KCK-Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass der türkische Geheimdienst durch diese Operation schwer getroffen wurde.

In der Erklärung heißt es weiter, dass man durch die Festnahme der MIT-Agenten an wichtige Dokumente gelangt sei. Die Agenten waren auf besondere Anweisung des türkischen Regierungspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan mit dem Ziel, Attentate auf Führungspersonlichkeiten der kurdischen Arbeiter\*innenpartei PKK zu verüben, nach Südkurdistan gereist. Die Operation habe bereits vor fünf Monaten begonnen, außerdem seien noch weitere MIT-Agenten in Haft.

<https://anfdeutsch.com/hintergrund/kck-veroeffentlicht-kritische-informationen-ueber-tuerkischen-mit-1334>, 03.01.2018

## Karikaturen von Carlos Latuff blockiert



Der brasilianische Karrikaturist Carlos Latuff hat mit seinen Karikaturen des türkischen Präsidenten Recep Erdoğan, die er auf seiner Webseite veröffentlichte, für den Unwillen der türkischen Behörden gesorgt, die schließlich beschlossen haben, die Seite des Karikaturisten für die türkischen Nutzer zu blockieren.





Mit seinen Karikaturen wollte Latuff die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf die Verbindungen der türkischen Führung mit den IS-Kämpfern lenken. In einem RT-Interview sagte er, dass er nie ein Geheimnis aus seiner Einstellung zu den Handlungen Ankaras gemacht habe und dies auch weiter nicht tun werde.

<https://de.sputniknews.com/politik/20151230306884749-tuerkei-blockiert-erdogan-karikaturen/>

## Außenminister der Türkei erwartet mehr von Deutschland

**tagesschau.de:** Die Polizei in Deutschland geht inzwischen härter gegen Demonstranten vor, die Symbole der auch in Deutschland als Terrororganisation eingestuftes PKK zeigen. Sehen sie das positiv?

**Mevlüt Cavusoglu:** Ich sehe leichte Verbesserungen. Als PKK-Unterstützer zuletzt in einigen Städten demonstrieren wollten und Symbole der PKK-Terrororganisation verwendeten, was ja auch in Deutschland verboten ist, ging die deutsche Polizei dazwischen und versuchte das zu stoppen. Aber man hat sehen können, wie sie deutsche Sicherheitskräfte und die Polizei angriffen. Das ist eine Terrororganisation. Es ist ein gutes Zeichen, aber offen gesagt erwarten wir mehr.

**tagesschau.de:** Die türkische Regierung hat Berlin immer wieder aufgefordert, auch gegen die Gülen-Bewegung vorzugehen, weil diese aus Sicht Ankaras hinter dem Putschversuch im Sommer 2016 steckt. Hat Berlin auf die Forderung reagiert?

**Cavusoglu:** Bezüglich Fetö (Anm. d. Red.: Türkische Abkürzung für „Fethullahistische Terrororganisation“ - so bezeichnet die türkische Regierung die Gülen-Bewegung) wurde eine Person in die Fahndungsliste aufgenommen. Ich hoffe, es gibt ein Ergebnis, aber unsere Erwartungen an Deutschland sind größer, was das Dasein von Fetö in Deutschland betrifft. Einige der Verschwörer sind geflohen, und da benötigen wir die Unterstützung und die Solidarität aus Deutschland. Also: Es gab ein paar positive Schritte, aber wir erwarten mehr. Und wir teilen Deutschland diese Erwartungen mit, auch Sigmar Gabriel, als ich ihn in Goslar getroffen habe.

**tagesschau.de:** Was rechtfertigt Deniz Yücel's lange Inhaftierung?

**Cavusoglu:** Deniz Yücel war seit 2015 durch seine Zeitung als Journalist in der Türkei nicht akkreditiert und er hielt sich in der Türkei nicht als Journalist auf und er wurde nicht aufgrund von Journalismus festgenommen. Lassen sie uns bezüglich der Vorwürfe die Anklageschrift lesen, und wenn wir diese gelesen haben, sehen wir, welche Vorwürfe es gegen ihn gibt und welche Art Verbrechen er begangen hat. Am Ende wird ein regulärer Prozess, ein Gerichtsprozess, weitergehen und wir können lediglich die Justiz bitten, diesen Prozess zu beschleunigen. (...)

**Das Interview führte Oliver Mayer-Rüth, ARD-Studio Istanbul, für tagesschau.de.**

<https://www.tagesschau.de/ausland/interview-cavusoglu-101.html>, 11.01.2018



## Anschlag auf den kurdischen Fußballspieler und Friedensaktivisten Deniz Naki

Der Spieler des Fußballvereins Amed Spor, Deniz Naki, wurde auf dem Weg von Aachen nach Köln auf der Höhe bei Düren beschossen.



Auf der Fahrt von Aachen Richtung Köln wurde aus einem anderen Auto auf Deniz Naki geschossen. Zwei Kugeln schlugen in seinem Auto ein. Naki selbst wurde nicht verletzt.

Als Naki plötzlich von links Schüsse hört, fährt er auf die rechte Spur. Er habe die Angreifer nicht erkennen können, berichtete er. „Mehrere Male wurde auf mich geschossen. Zwei Kugeln trafen meinen Wagen und dann entfernten sich die Angreifer sehr schnell“, so Naki.

Naki sprach mit ANF über den Angriff und erklärte: „Dieser Angriff ist sehr verdächtig. Der MIT könnte hinter dem Angriff stecken.“ Er habe „Probleme mit dem Gesetz in der Türkei“, sagte er und machte auf die Äußerungen des HDP-Abgeordneten Garo Paylans aufmerksam. Paylan hatte auf einer Pressekonferenz im türkischen Nationalparlament erklärt, dass ihm Informationen über Anschlagpläne auf in Europa lebende und aus der Türkei stammende Oppositionelle vorliegen.

Zudem erinnerte Naki an die drei Aktivistinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez, die am 9. Januar 2013 vom MIT in Paris ermordet wurden. Er ergänzte „Vielleicht wollen sie mich jetzt, fünf Jahre später, auch ermorden. Sie haben es nicht geschafft und sie werden es nicht schaffen. Ich habe keine Angst! Wir stehen aufrecht!“

„Der gestrige Anschlag auf den kurdischen Fußballspieler und Friedensaktivisten Deniz Naki verdeutlicht auf dramatische Weise die Bedrohungssituation für türkeistämmige Oppositionelle in Deutschland“, erklärte die Innenpolitikerin der Fraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke nachdem am Sonntagabend auf der Autobahn bei Düren mehrere Schüsse auf den Wagen des früheren St. Pauli-Spielers und jetzigen Mannschaftskapitän des türkischen Drittligisten Amed Spor abgegeben wurden. Die Abgeordnete weiter:

„Naki wurde bereits in der Türkei aufgrund seiner Kritik am Krieg gegen die Kurden wegen ‚Terrorpropaganda‘ verurteilt und von türkischen Nationalisten rassistisch bedroht. Offenbar ist er auch in Deutschland nicht sicher. Deutsche Sicherheitsbehörden müssen die Gefährdung von türkischen und kurdischen Oppositionellen in Deutschland durch den türkischen Geheimdienst und die faschistischen Grauen Wölfe endlich ernst nehmen. Es kann doch nicht angehen, dass Außenminister Sigmar Gabriel sich mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu zum Teekränzchen trifft, während mutmaßliche türkische Agenten auf der Autobahn Jagd auf Erdogan-Kritiker machen. Das Agentennetzwerk des türkischen Geheimdienstes einschließlich seiner Rollkommandos von den Osmanen Germania und den Grauen Wölfen muss endlich aufgedeckt und zerschlagen werden.“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/deniz-naki-der-mit-koennte-hinter-dem-angriff-stecken-1437>, 08.01.2018

## Deniz Yücel: „Für schmutzige Deals stehe ich nicht zur Verfügung“



Der seit elf Monaten in der Türkei inhaftierte „Welt“-Korrespondent Deniz Yücel lehnt einen etwaigen Tauschhandel zwischen Berlin und Ankara für seine Freilassung ab. „Für schmutzige Deals stehe ich nicht zur Verfügung“, sagte Yücel in einem schriftlich über seine Anwälte geführten Interview der Nachrichtenagentur dpa.

Er wolle seine Freiheit nicht „mit Panzergeschäften von Rheinmetall oder dem Treiben irgendwelcher anderen Waffenbrüder befleckt wissen“. Auch wolle er keinen etwaigen Austausch mit Anhängern der Gülen-Bewegung, nach denen die Türkei fahndet.

### Yücel gegen Panzer?

Der geschäftsführende Bundesaußenminister **Sigmar Gabriel** hatte dem „Spiegel“ kürzlich gesagt, die Türkei sei zwar NATO-Partner. „Trotzdem hat die Bundesregierung eine sehr große Anzahl von Rüstungsexporten nicht genehmigt. Dabei wird es auch bleiben, solange der Fall Yücel nicht gelöst ist.“ Gabriel betonte danach allerdings, er habe

damit nicht gemeint, dass die Bundesregierung Rüstungslieferungen als Reaktion auf eine Freilassung Yücel's genehmigen würde. „Ich habe keinesfalls die beiden Dinge miteinander verbunden“, sagte er.

Die Inhaftierung Yücel's belastet das Verhältnis zwischen Berlin und Ankara, auch wenn sich die Außenminister beider Länder, Gabriel und Cavusoglu, zuletzt wieder angenähert haben.

**Nur eine Stunde pro Monat mit seiner Frau**  
**Der Fall Yücel ist der größte Streitpunkt im angespannten Verhältnis mit Ankara.** Yücel sagte, es gehe ihm gut. Seine Isolationshaft – „eine Foltermethode“ – sei nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgelockert worden. „Dafür gibt es an anderer Seite eine Verschlechterung: **Meine Frau Dilek** kann ich, im besten Fall, für eine Stunde im Monat ohne Trennscheibe sprechen. Zuvor wurden wir dabei nur von außen beobachtet. Doch neuerdings sitzt ein Vollzugsbeamter im Raum.“

Die von der türkischen Regierung stets ins Feld geführte Unabhängigkeit der Justiz bestreitet Yücel: „Es ist eine Lüge, dass die türkische Regierung in meinem Fall und im Fall vieler türkischer Kollegen bloß interessierter Beobachter sei.“ Das Justizministerium habe sich in Stellungnahmen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie ans türkische Verfassungsgericht den Vorwürfen aus dem Hafturteil gegen ihn angeschlossen. „Die Regierung ist kein Zuschauer, sie ist Partei, auch ganz offiziell.“

**Seit elf Monaten ohne Anklage in Haft**  
Der 44 Jahre alte Yücel war am 14. Februar 2017 in Istanbul festgenommen worden. Zwei Wochen später wurde wegen des Verdachts der „Terrorpropaganda“ und der „Aufwiegelung der Bevölkerung“ Untersuchungshaft gegen ihn verhängt. **Seitdem sitzt er ohne Anklage im Gefängnis in Silivri westlich von Istanbul.**

Die Bundesregierung fordert seine Freilassung. **Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hatte vergangene Woche betont:** „Deniz Yücel ist kein politisch motivierter Fall.“ Der Streit um den Journalisten „vergiftet unsere Beziehungen“, er könne sich aber deswegen nicht in die Angelegenheiten der unabhängigen Justiz einmischen. **Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte Yücel vorgeworfen, ein „deutscher Agent“ und ein „Terrorist“ zu sein.**  
<https://www.tagesschau.de/ausland/yuecel-interview-101.html>, 17.01.2018

## Auch bei deutsch-türkischen Konsultationen sind die Kurden auf der Tagesordnung

Die regelmäßigen Konsultationen zwischen den Regierungen Deutschlands und der Türkei werden wiederaufgenommen. Wie das Bundesinnenministerium bestätigte, gibt es heute (17. Januar) dazu ein Treffen auf Staatssekretärsbene. Nähere Angaben machte das Ministerium nicht. Nach Informationen der „Welt“ soll es bei der Wiederaufnahme der Gespräche unter anderem um den Kampf gegen die Terrormiliz IS gehen.

„Deutschland ist Ausgangspunkt und Ziel dschihadistischer Terroristen, deren Reisewege nach und von Syrien über die Türkei führen“, sagte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums der Zeitung. Außerdem sei die Türkei wiederholt Ziel massiver Anschläge geworden. „Die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit der Türkei bei dem, was wir unter Terrorismus verstehen, besteht deshalb unverändert.“

### Deutschland ermittelt verstärkt gegen PKK-Funktionäre

Die deutsch-türkischen Konsultationen waren im vergangenen Jahr ausgesetzt worden. Seit dem Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 waren die Beziehungen zwischen Ankara und Berlin stark abgekühlt. In letzter Zeit gab es jedoch Anzeichen der Entspannung.

Bei der Gelegenheit forderte die Türkei von Berlin ein härteres Vorgehen gegen die als Terrororganisation verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Dabei hat die deutsche Justiz nach jüngsten Zahlen ihre Ermittlungen gegen PKK-Akteure bereits verstärkt. Die Zahl eingeleiteter Ermittlungsverfahren sei von rund 15 im Jahr 2013 auf etwa 130 im vergangenen Jahr gestiegen, sagte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft. In wie viel Fällen die Ermittlungen am Ende zu einer Verurteilung von Beschuldigten führten, ist jedoch nicht bekannt.

Der deutsche Außenminister Gabriel sprach Anfang des Monats mit seinem türkischen Amtskollegen Cavusoglu auch über das Vorgehen gegen die PKK.

<https://www.tagesschau.de/ausland/deutsch-tuerkische-konsultationen-101.html>, 17.01.2018

## Posten von YPG-Fahne nicht strafbar

Das Amtsgericht Aachen hat einen Antrag auf Erlass eines Strafbefehls wegen der Verwendung einer YPG-Fahne als Profilbild in sozialen Medien abgelehnt.



Wie der Kommunikationswissenschaftler Kerem Schamberger auf Facebook bekannt gibt, hat das Amtsgericht Aachen mit Beschluss vom 11. Dezember 2017 den Erlass eines Strafbefehls wegen der Verwendung von „Kennzeichen eines verbotenen Vereins bzw. dessen Ersatzorganisation“ aus rechtlichen Gründen abgelehnt, da der „Angeschuldigte einer Straftat nicht hinreichend verdächtig“ erscheine.

Dem Angeschuldigten war vorgeworfen worden, durch das Einstellen einer YPG-Flagge gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben. Da die Bundesregierung allerdings im April 2017 auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag angegeben hatte, dass die „Fahnen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ in Syrien nicht schlechthin verboten“ seien, kommt das Gericht zu folgendem Schluss:

„Aufgrund dieser Stellungnahme der Bundesregierung bestehen nach Auffassung des Gerichts Zweifel an der Verwirklichung des Tatbestandes durch bloße Darstellung einer YPG-Flagge. Zumindest besteht aufgrund der Stellungnahme der Bundesregierung jedoch eine Unklarheit hierüber. Im Rahmen der Subsumtion unter eine Strafnorm, die – wie hier – selber als Tatbestandsvoraussetzung auf eine Feststellung der Exekutive abstellt, darf eine solche Unsicherheit nicht zu Lasten des Normadressaten gehen. Hinzukommen müsste nach hiesiger Auffassung daher bei der Verwendung eines YPG-Zeichens zumindest ein kontextueller Bezug zur PKK (...). Ein solcher ist der Akte indes nicht zu entnehmen. Vielmehr scheint sich der Angeschuldigte durch die Benutzung der YPG-Flagge als Profilbild auf seinem facebook-Profil allein mit der Organisation YPG solidarisiert zu haben.“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/amtsgericht-aachen-posten-von-ypg-fahne-nicht-strafbar-929>, 18.12.2017

## Freibrief für Erdoğan's Agenten

Von Nick Brauns

Gleich zwei Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Spione des türkischen Geheimdienstes MIT wurden vor kurzer Zeit in Deutschland ergebnislos eingestellt.



So verkündete die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, dass sie ihre Ermittlungen gegen 19 Imame des Moscheedachverbandes DITIB eingestellt habe. Diese Angestellten der türkischen Religionsbehörden DIYANET standen im Verdacht, Kritiker des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland ausgespäht zu haben. Gegen fünf Imame seien die Ermittlungen mangels hinreichendem Tatverdacht eingestellt worden, ließ die Bundesanwaltschaft verlauten. Gegen sieben weitere könne aufgrund von „Verfahrenshindernissen“ nicht weiter ermittelt werden, die Religionsbeamten hätten Deutschland verlassen und hielten sich an einem „unbekannten Ort“ auf. Allerdings waren die Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft erst zu einem Zeitpunkt eingeleitet worden, nachdem DIYANET seine durch Presseberichte gewarnten Imame abgezogen hatte. An dieser Stelle drängt sich der Eindruck von Strafvereitelung im Zusammenwirken deutscher und türkischer Behörden regelrecht auf.

### Verfahren gegen Mustafa K. in Hamburg eingestellt

Ebenfalls eingestellt wurde ein von der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen Mustafa K. geführtes Ermittlungsverfahren wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit“. Die Vorsitzende der Hamburger Linksfraktion Cansu Özdemir hatte den in Hamburg wohnhaften Gemüsehändler Mustafa K. angezeigt, der sie und weitere kurdische Politikerinnen observiert hatte. In einer Tonaufnahme, die Özdemir zugespielt wurde, hatte Mustafa K., der jahrelang in einem kurdischen Kulturverein am Steindamm ein- und ausging, mit einem mutmaßlichen Führungsoffizier des türkischen Geheimdienstes MIT über Anschlagpläne auf eine kurdische Exilpolitikerin gesprochen. Die Generalbundesanwaltschaft hatte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Mustafa K. von Anfang an abgelehnt, da der



Tonmitschnitt ohne dessen Wissen angefertigt und von daher nicht strafprozessual verwertbar sei.

### **Mildes Urteil gegen MIT-Spion Mehmet Fatih S.**

Immerhin angeklagt und auch verurteilt wegen Spionage wurde dagegen vom Oberlandesgericht Hamburg im Oktober 2017 der türkische Agent Mehmet Fatih S. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Mehmet Fatih S. im Auftrag des türkischen Geheimdienstes kurdische Verbandsvertreter, darunter den in Bremen lebenden Ko-Vorsitzenden des kurdischen Dachverbandes KCDK-E Yüksel Koç ausgespäht und dafür einen Agentenlohn kassiert hatte. Nicht zur Anklage kam dagegen der von Mehmet Fatih S. ehemalige Lebensgefährtin erhobene und viel gravierendere Vorwurf, wonach Mehmet Fatih S. an einen Mordkomplott des Geheimdienstes auf Yüksel Koç beteiligt war. Verurteilt wurde Mehmet Fatih S. so nur zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren. Mehmet Fatih S. sei nicht vorbestraft und er sei nicht sehr professionell vorgegangen, begründete die Richterin das milde Urteil. Die Strafe sei zur Bewährung ausgesetzt, da zu erwarten sei, dass dies dem Verurteilten als Warnung diene und er keine weiteren Straftaten begehen werde.

Für andere türkische Agenten muss ein solches mildes Urteil dagegen geradezu als Freibrief erscheinen, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Werden sie überführt, können sie dies als Beleg ihres Dilettantismus anführen und deswegen mildernde Umstände vor Gericht einfordern.

### **Verfahren gegen Agententrio eingestellt**

Dass es im Falle von Mehmet Fatih S. überhaupt zu einer Verurteilung kam, kann angesichts der sonst in solchen Fällen üblichen Verfahrenseinstellungen schon als kleine Sensation gelten. So war ein anderer spektakulärer Prozess gegen eine Zelle des türkischen Geheimdienstes im Mai 2015 gegen Zahlung von 70.000 Euro an die Staatskasse ohne Verurteilung der drei Angeklagten eingestellt worden. Angeklagt waren der vom Gericht als reisender Führungsoffizier des türkischen Geheimdienstes eingestufte ehemalige Erdoğan-Berater Muhammed Taha Gergerlioğlu und zwei seiner Mitarbeiter, die unter anderem kurdische, alevitische und ezidische Oppositionelle in Deutschland ausgespäht und deren Daten an den Geheimdienst weitergeleitet haben sollen.

Die Verhaftung des Agententrios im Dezember 2014 konnte als Warnung an Ankara gesehen werden, nachdem die türkische Polizei kurz davor die Redaktion der oppositionellen Zeitung Zaman in Istanbul gestürmt und mehrere ihrer Mitarbeiter verhaftet hatte. Denn die Gülen-Bewegung, die hinter der Zaman stand, genießt den besonderen Schutz westlicher Regierungen und Geheimdienste.

Im Frühjahr 2016 dagegen beherrschte der Flüchtlingsdeal mit der Türkei die deutsch-türkische Agenda. Die

offiziell aus „prozessökonomischen Gründen“ aufgrund langer Verfahrensdauer erfolgte Einstellung des Spionageprozesses vor dem Oberlandesgericht Koblenz dürfte ein Zugeständnis an Erdogan in diesem Rahmen gewesen sein.

### **Deutsch-türkische Zusammenarbeit hat Tradition**

Abgesehen von kleineren Verwarnungen hat die Bundesregierung kein Interesse daran, gegen die Strukturen des türkischen Geheimdienstes in Deutschland ernsthaft vorzugehen. Schließlich waren Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst jahrzehntelang die engsten Partnerdienste des türkischen Geheimdienstes. Nur die US-Geheimdienste hatten traditionell eine noch innigere Beziehung zu ihren Partnern am Bosphorus.

Die bereits kurz nach Gründung der Bundesrepublik in den 50er Jahre in der Türkei eröffnete Residentur des Bundesnachrichtendienstes gehörte zu den ersten BND-Auslandsvertretungen überhaupt. 1978 baute ein ranghoher BND-Mitarbeiter das Informations- und Dokumentations-system des MIT auf. „So lautete lange Jahre der Deal:“, hieß es im Handelsblatt vom 3. Februar 2016, „Der Westen nutzt die Türkei als Lauschstation Richtung Sowjetunion und schaut dafür nicht so genau hin, wenn die Türken in Europa aktiv waren.“ Die Sowjetunion gibt es zwar nicht mehr, doch die Türkei hat von ihrer geopolitischen Bedeutung für den Westen nichts eingebüßt.

### **Mord und Verschleppung in Deutschland**

So ermordete der MIT mit Hilfe von Grauen Wölfen und Islamisten 1980 in Berlin den türkischen Kommunisten und Gewerkschafter Celalettin Kesim, doch die deutschen Ermittler gingen der Spur nach Ankara nicht weiter nach. 1986 verschleppte der türkische Geheimdienst vier Mitglieder der linksradikalen Organisation Dev Sol, die in Deutschland Asyl beantragt hatten, aus Stuttgart nach Ankara, wo sie zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Bis heute behauptet die Bundesregierung auf Nachfrage der Linksfraktion, nichts über diese Verschleppungen zu wissen.

### **„Angelegenheiten der inneren Sicherheit“**

Dass DITIB-Moscheen dem MIT zuarbeiten, ist keineswegs eine neue Erkenntnis. Bereits am 18. April 1994 hatte das Nachrichtenmagazin Focus darüber berichtet. „Horchposten sind hier die zirka 700 staatlichen Moscheen in Deutschland. Nach FOCUS-Recherchen sind die über die Konsulate bezahlten Imame als geistliche Oberhäupter verpflichtet, alle vier Monate einen detaillierten Bericht über das Innenleben der türkischen Gemeinden zu schreiben. Bei ‚Angelegenheiten der inneren Sicherheit‘, so schreibt es die Operation mit dem Decknamen ‚Wohlstand‘ vor, ist das jeweilige Konsulat umgehend zu verständigen.“ Damals befand sich nach FOCUS-Erkenntnissen die Deutschland-Zentrale des MIT in der DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld.

### **Agentennetzwerk und nationalistische Schlägertruppe**

Das Agentennetzwerk des MIT wird mittlerweile auf rund 6.000 Mitarbeiter und Informanten geschätzt. Agenten und Zuträger des Geheimdienstes sind in Moscheevereinen und türkischen Gemeinden ebenso aktiv, wie in türkischen Banken und Reisebüros, wo sie an Reise- und Kontodaten von Oppositionellen kommen können. Zudem nimmt der Geheimdienst auch nach Ansicht deutscher Ermittler Einfluss auf die rockerähnliche Gruppierung Osmanen Germania, die so offensichtlich zu einer nationalistischen Schlägertruppe zur Einschüchterung von Oppositionellen umgebaut werden soll.

### **Infiltrierung deutscher Behörden**

Bereits früher hatte der MIT von deutschen Behörden genutzte Dolmetscher als Quellen zu rekrutieren versucht. Mittlerweile gibt es Hinweise, wonach türkische Agenten die Polizei, den Verfassungsschutz und das Bundesamt für Migranten und Flüchtlinge (BAMF) direkt zu infiltrieren suchten. Schlagzeilen machte vorübergehend der Fall einer hochrangigen türkischstämmigen Beamtin der hessischen Polizei mit engsten Kontakten zum türkischen Konsulat. Der Verfassungsschutz entlastete allerdings im Juli 2017 die Beamtin vom Vorwurf, eine Agentin des MIT zu sein. Die Kontakte zu türkischen Institutionen habe sie aus dienstlichen Gründen gepflegt.

Viele linksradikale und kurdische Kritiker der türkischen Regierung in Deutschland kann ein solcher Persilschein für diese Polizistin nicht beruhigen, werden sie doch von türkischen und deutschen Behörden gleichermaßen verfolgt und als terroristisch eingestuft. Solange es gegen die kurdische Freiheitsbewegung oder radikale Linke aus der Türkei geht, drücken deutsche Behörden gerne beide Augen zu, wenn türkische Agenten Exilpolitikern auf den Zahn fühlen oder diese direkt bedrohen.

### **Prozess gegen zehn Kommunist\*innen in München**

Eine Ausnahme stellt hier lediglich die über gute Beziehungen zur Bundesregierung verfügende Gülen-Bewegung da. Als der türkische Geheimdienstchef Hakan Fidan im Februar 2017 dem BND-Chef Bruno Kahl eine Liste mit Namen von in Deutschland lebenden Gülen-Anhängern und Institutionen gab, protestierte die Bundesregierung entschieden gegen diese Spionage auf deutschem Boden. Dass kurz davor ebenso durch türkische Spionage in Deutschland zustande gekommene Erkenntnisse gegen Anhänger der maoistischen TKP/ML als Beweis in einen Terrorismusprozess gegen zehn Kommunisten in München einfließen durften, offenbart die Doppelmoral der Bundesregierung.

### **Der Mord an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez**

Auch andere EU-Staaten sind darum bemüht, illegale Aktionen des MIT in ihren Ländern nicht an die große Glocke zu hängen, um es nicht zu Spannungen mit Ankara kommen zu lassen. So stellte zwar die im Falle der Ermordung von PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız und ihren Genossinnen Fidan Doğan und Leyla Şaylemez ermittelnde Pariser Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift fest, dass der türkische Geheimdienst in diese Morde im Januar 2013 verwickelt sei. Doch der Prozessbeginn gegen den Mörder Ömer Güney wurde so lange verschleppt, bis der unter einer schweren Erkrankung leidende mutmaßliche Agent in Untersuchungshaft verstarb.

Der Bundesregierung liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass der MIT seine Spionagearbeit in Deutschland nach dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 ausgeweitet und intensiviert hat. Gegner der türkischen Regierungspartei AKP und von Erdoğan in Deutschland sollen bekämpft und es soll für den nationalistisch-islamistischen Kurs in der Türkei geworben werden, heißt es in der Antwort auf eine parlamentarische Frage der Linksfraktion.

### **„Wichtiger Partner bei der Terrorbekämpfung“**

Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hatte im Juli 2017 erklärt, dass man die Türkei „spätestens“ seit dem Putschversuch im Sommer vorigen Jahres „nicht nur als Partner, sondern mit Blick auf Einfluss-Operationen in Deutschland auch als Gegner“ betrachte. Doch gleichzeitig nannte Maaßen den türkischen Geheimdienst einen „wichtigen Partner“ bei der Terrorbekämpfung. Eingedenk der von Journalisten wie Can Dündar enthüllten Tatsache, dass der MIT terroristische Organisationen wie den Islamischen Staat oder Al Qaida in Syrien jahrelang mit Waffen und Logistik unterstützt hat, mutet diese Aussage hochgradig lächerlich an.

### **Beschränkung auf Linksradikale und Kurden**

Da die Bundesregierung die in der Türkei als Fethullah-Terrororganisation (FETÖ) scharf verfolgte Gülen-Bewegung nicht als terroristisch einschätzt und die türkische Regierung ihre schützende Hand über islamistische Terroristen hält, muss sich diese Kooperation bei der Terrorbekämpfung in der Praxis auf linksradikale und kurdische Vereinigungen beschränken, die in beiden Ländern als Staatsfeinde gelten.

### **Rücksichtnahme oder Angst?**

Allerdings könnte die weiterhin gepflegte Rücksichtnahme der deutschen Behörden auf die illegalen Aktivitäten des MIT gerade auch mit dessen Nähe zu dschihadistischen Terrororganisationen zu erklären sein. Erdogans im März 2017 geäußerte Drohung, kein Europäer werde mehr sicher auf

der Straße gehen können, dürfte nach einer Vielzahl von Anschlägen in Europa bei der Bundesregierung angekommen sein.

<https://anfdeutsch.com/hintergrund/freibrief-fuer-erdogans-agenten-908, Yeni Özgür Politika, 19.12.2017>

## „Haftfälle“ und Rüstungsexporte

Trotz der ungebrochen eskalierenden Repression in der Türkei kündigt Berlin einen erneuten Ausbau seiner Beziehungen zu Ankara an. Wie es nach dem Zusammentreffen von Außenminister Sigmar Gabriel mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu am Samstag (6.1.2018) hieß, werden die Außenministerien beider Länder ihren „strategischen Dialog“ wiederaufnehmen. Zudem werden neue Rüstungsexporte erwartet; dabei seien einige zwar vom „Fall Yücel“ abhängig, erklärte Gabriel mit Bezug auf den in türkischer Haft festgehaltenen deutschen Journalisten, andere hätten hingegen „mit Haftfällen in der Türkei“ nichts zu tun. Der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern macht sich Hoffnungen, dass dies für die geplante Nachrüstung türkischer Leopard 2-Kampfpanzer mit neuen Schutzvorrichtungen gilt. Während die Türkei unter anderem weit über 150.000 Staatsbeamte unter dubiosen Vorwürfen entlassen und Zehntausende inhaftiert, über 180 Medienprojekte geschlossen und mehr als 370 Nichtregierungsorganisationen verboten hat, intensiviert Berlin die Kooperation – aus geostrategischen Gründen.

### Strategischer Dialog

Die Bundesregierung bemüht sich um eine Verbesserung der Beziehungen zur Türkei. Er sei „sehr froh, dass wir Schritt für Schritt den Dialog wieder auf eine bessere Basis bringen konnten“, teilte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Samstag nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu im niedersächsischen Goslar mit.<sup>[1]</sup> Beide Länder seien durch „viel mehr an Gemeinsamkeiten“ verbunden, „als das manchmal bewusst ist“.<sup>[2]</sup> Die türkische Justiz hatte in den vergangenen Wochen und Monaten mehrere der deutschen Staatsbürger, die sie unter absurden Vorwürfen inhaftiert hatte, freigelassen; aus Ankara ist nicht zuletzt zu hören, auch der Journalist Denis Yücel, der Bekannteste unter den festgesetzten Deutschen, dürfe eventuell in absehbarer Zeit das Gefängnis verlassen. Berlin genügt dies offenkundig, um den zuletzt heftig eskalierten Streit mit Ankara wieder beizulegen. So beschlossen Gabriel und Çavuşoğlu jetzt, den Wirtschaftsministern beider Länder zu „empfehlen“, die nächste Tagung der deutsch-türkischen Wirtschaftskommission einzuberufen.

Zudem würden die Außenministerien ihren „strategischen Dialog“ wiederaufnehmen. Bei diesem „strategischen Dialog“ handelt es sich um eine „langfristig angelegte Form der Konsultationen“<sup>[3]</sup>, die aus Berliner Sicht darauf abzielt, die Türkei in die deutsche Einflussarbeit vor allem im Nahen sowie im Mittleren Osten einzuspannen. Der „Dialog“ ist im Mai 2013 eingeleitet worden und bezieht ausdrücklich die sogenannte Sicherheitspolitik ein (german-foreign-policy.com berichtete<sup>[4]</sup>).

### Strategische Partner

Ursache für das deutsche Bemühen um die deutsch-türkischen Beziehungen ist nicht nur die Sorge, der Flüchtlingsabwehrpakt mit Ankara könne brüchig werden.<sup>[5]</sup> Schwer wiegt aus Sicht Berlins vor allem, dass die Türkei außenpolitisch immer stärker auf einen eigenständigen Kurs setzt und dabei zunehmend mit Russland, aber auch mit China kooperiert. Vor allem die jüngste Annäherung zwischen Ankara und Moskau sorgt im westlichen Polit-Establishment für intensive Debatten; dies gilt für die Syrien-Politik, in der Russland, die Türkei und Iran mittlerweile die maßgeblichen Weichenstellungen vornehmen, ebenso wie für die Entscheidung der türkischen Streitkräfte für den Kauf des russischen S-400-Flugabwehrsystems.<sup>[6]</sup> Parallel stärkt Ankara allerdings auch seine Beziehungen zu Beijing. Im Dezember hat der stellvertretende türkische Ministerpräsident Mehmet Şimşek bei einem Besuch in der chinesischen Hauptstadt bekräftigt, man wolle „die Kooperation auf allen Gebieten ausdehnen“, und beide Länder ausdrücklich als „strategische Partner“ eingestuft.<sup>[7]</sup> Die Türkei ist inzwischen „Dialogpartner“ der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), einer von China und Russland geführten Vereinigung, die die Zusammenarbeit auch in der Militärpolitik vorantreibt. „Die Türkei hat deutlich gemacht, sie orientiert sich auch in Richtung Russland und China“, erklärt nun der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Annen: „Daran können wir ... kein Interesse haben“.<sup>[8]</sup> Die Verbesserung der Beziehungen zu Ankara sei deshalb angesagt.

### Menschenrechte

Der Schritt, den Berlin jetzt eingeleitet hat, ist insofern bemerkenswert, als die Bundesregierung sich üblicherweise in der Öffentlichkeit als Wahren der Menschenrechte zelebriert, die Türkei nun aber in der jüngeren Vergangenheit, vor allem seit dem Putschversuch vom 15./16. Juli 2016, eine Welle beispielloser Repression erlebt. Mehr als 150.000 Staatsangestellte sind laut Angaben des Webportals „Turkey Purge“ seit Mitte Juli 2016 entlassen worden; mehr als 130.000 wurden demnach vorläufig festgenommen, mehr als 63.000 wurden verhaftet, gewöhnlich unter dubiosen Vorwürfen, teilweise ganz ohne Angabe eines Grundes. Inhaftiert sind zahlreiche führende Politiker der (links-)



liberalen Opposition und über 300 Journalisten. 187 Medienhäuser und Medienprojekte wurden geschlossen, mehr als 370 Nicht-Regierungsorganisationen wurden verboten.<sup>[9]</sup> Menschenrechtler berichten von einer deutlichen Zunahme von Folter in türkischer Haft sowie von exzessiver Gewalt des Militärs bei Operationen gegen die kurdischsprachige Minderheit im Südosten des Landes. Demokratische Rechte sind zugunsten einer Präsidialverfassung ganz massiv eingeschränkt worden. Kritik an Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan gilt als völlig inopportun.

### Der deutsche Panzer-Mythos

Ungeachtet der Repressionswelle hat Außenminister Gabriel in Goslar neue Rüstungsexporte in die Türkei in Aussicht gestellt. Demnach wird der Bundessicherheitsrat in den nächsten Tagen über die Lieferung von Minenschutzrüstung für gepanzerte Fahrzeuge entscheiden. Laut Angaben des Düsseldorfer Rheinmetall-Konzerns handelt es sich dabei um Schutzvorrichtungen für Leopard 2-Kampfpanzer, die sich bereits im Besitz der türkischen Armee befinden. Die Lieferung solcher „defensiver“ Technologie werde selbst durch die Festsetzung deutscher Staatsbürger nicht in Frage gestellt, bestätigte Gabriel in Goslar: „Das hat nichts zu tun mit Haftfällen in der Türkei, überhaupt nichts.“<sup>[10]</sup> Die Nachrüstung des Kampfpanzers gilt als notwendig, seit der IS im Syrienkrieg mehrere türkische Leopard 2 außer Gefecht setzen konnte. Über diese Scharke, die jetzt ausgewetzt werden soll, hieß es in deutschen Medien: „IS-Kämpfer zerstören den deutschen Panzer-Mythos.“<sup>[11]</sup> Umfangreiche Exporte auch offensiver Waffen sind laut Aussage von Gabriel ebenfalls wieder möglich, sobald „der Fall Yücel ... gelöst“, also der deutsche Journalist Yücel wieder in Freiheit sei.<sup>[12]</sup> Wie es heißt, gilt dies unter anderem für das Vorhaben von Rheinmetall, sich in einem Joint Venture am Bau eines neuen türkischen Kampfpanzers zu beteiligen.<sup>[13]</sup> Nach Bekanntwerden der Gabriel-Aussage legte die Rheinmetall-Aktie um 0,5 Prozent zu.

### Konflikte überall

Deutsche Politiker hatten bereits vor Jahren darauf gedrungen, die Türkei möglichst eng an Berlin und die EU zu binden. „Ich möchte wetten, dass einmal ein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin im nächsten Jahrzehnt ... auf Knien nach Ankara robben wird, um die Türken zu bitten, Freunde, kommt zu uns“, hatte EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) bereits Anfang 2013 gewarnt.<sup>[14]</sup> Hintergrund ist zum einen die immense geostrategische Bedeutung der Türkei, die in Berlin als nahezu unverzichtbare Landbrücke in den Nahen und Mittleren Osten gilt (german-foreign-policy.com berichtete<sup>[15]</sup>). Hinzu kommt zum anderen, dass die Bundesregierung inzwischen mit Russland im Streit liegt, weil Moskau, wie es im Ukraine-Konflikt demonstriert hat, nicht mehr bereit ist, der westlichen Einflussexpansion

bedingungslos zu weichen. In einer Zeit, in der Berlin neben dem Streit mit Russland auch danach strebt, sich global als eigenständige Macht gegenüber den Vereinigten Staaten zu positionieren [16], kann es sich nicht beliebig viele weitere Konflikte leisten. Die deutsche Wahl des Landes, mit dem der Streit nicht eskalieren soll, fällt aktuell auf die Türkei.

- [1] Gabriel und Cavusoglu werben für deutsch-türkischen Dialog. derstandard.at 06.01.2018.
- [2] Gabriel: Keinesfalls Rüstungsexporte mit Haftfällen in Türkei verbunden. faz.net 06.01.2018.
- [3] Strategischer Dialog mit der Türkei. bundesregierung.de 12.05.2013.
- [4] S. dazu Brücke in die islamische Welt.
- [5] S. dazu Die europäische Lösung.
- [6] Aaron Stein: Ankara's Look East: How Turkey's Warming Ties with Russia Threaten Its Place in the Transatlantic Community. warontherocks.com 27.12.2017.
- [7] Tefvik Durul: Turkey sees China as „strategic partner“. aa.com.tr 15.12.2017.
- [8] „Wir haben da schon die Daumenschrauben angesetzt“. deutschlandfunk.de 06.01.2018.
- [9] Turkey's post-coup crackdown. turkeypurge.com
- [10] Gabriel: Keinesfalls Rüstungsexporte mit Haftfällen in Türkei verbunden. faz.net 06.01.2018.
- [11] Gerhard Hegmann: IS-Kämpfer zerstören den deutschen Panzer-Mythos. welt.de 12.01.2017.
- [12] Christiane Hoffmann, Klaus Brinkbäumer: „In einer Welt voller Fleischfresser haben es Vegetarier schwer“. spiegel.de 04.01.2017.
- [13] S. dazu Wie man Jihadisten fördert.
- [14] Oettinger kritisiert EU-Kurs zur Türkei. bild.de 20.02.2013. S. dazu Freunde, kommt zu uns!
- [15] S. dazu Operationsstützpunkt Türkei.
- [16] S. dazu Das Ende einer Ära und Drei Fronten (II). <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7494/>, 08.01.2018

## Prozessbeobachtung in Istanbul und Diyarbakir

Von Ernst-Ludwig Iskenius und Gisela Penteker

Prof. Sebnem Korur Fincanci ist Gerichtsmedizinerin und Vorsitzende der international bekannten türkischen Menschenrechtsstiftung. Sie war in den 90iger Jahren mitführend an der Formulierung des Istanbul-Protokolls zur Untersuchung von Folterspuren. Das Istanbul-Protokoll ist mittlerweile ein offizielles UN-Dokument.

Diese mutige Frau, die sich national wie international durch wissenschaftliche Expertise, Mut und Beharrlichkeit

einen großen Namen gemacht hat, hatte sich zusammen mit dem Journalisten Erol Önderoglu und Ahmet Nesin in einer Solidaritätsaktion für die pro kurdische Zeitung Özgür Gündem im Mai 2016 eingesetzt. Alle drei sind nun „wegen Propaganda für eine terroristische Organisation“ angeklagt. Ihnen droht 10 und mehr Jahre Haft. Die Zeitung ist mittlerweile verboten.

Bisher haben 4 Termine stattgefunden, die alle nach 5 bis 10 Minuten wieder verschoben wurden. Der letzte war im Juni 2017. Bewusst wurde der neue Gerichtstermin auf den 26.12.2017 angesetzt, um möglichst wenige Prozessbeobachter aus dem westlichen Ausland zu haben.

Vor dem Gerichtssaal war am 26. Dezember großes Gedränge, nicht alle konnten im übervollen Gerichtssaal Platz nehmen. Unter den ausländischen Beobachtern waren Vertreter von Reportern ohne Grenzen aus Deutschland und Frankreich, vom französischen Schriftstellerverband, von PHR Frankreich und wir 3, Gisela, Eva und Elu von der IPPNW.

Die Einreise war ohne Probleme, im Gericht selbst werden keine individuellen Daten oder Namen aufgenommen, so dass Sicherheitsprobleme für uns nicht bestanden. Die Prozesse sind öffentlich, die Zuschauerzahlen allerdings durch begrenzte Sitzplätze eher klein gehalten. Schon bei meiner Prozessbeobachtung Anfang Dezember hatte das sonst eher ängstliche und zurückhaltende deutsche Konsulat uns ermutigt, die Prozesse gegen Menschenrechtsaktivisten zu beobachten. Gravierende Sicherheitsprobleme für uns Deutsche sahen sie nicht. Mit der Freilassung von Steubner, Toluk und der Ausreiseerlaubnis von Sharo Garip scheint die Politik der Geiselhaft aufgegeben zu sein.

Immer wieder wurden wir im Vorfeld gebeten, die zivile Opposition nicht im Stich zu lassen und internationale Präsenz bei diesen Prozessen zu zeigen. Zurzeit finden fast täglich Prozesse gegen die Akademiker für den Frieden statt. Die innergesellschaftliche Opposition wird weiterhin geknebelt, was sich gerade wieder in den 2 neuen Dekreten, mit denen der Präsident Erdogan und seine Regierung autoritär regiert, niederschlägt: Die Straffreiheit für diejenigen, auch Zivilisten, die „Terroristen“ und „Putschisten“ umgebracht haben, die Einheitskleidung für die politischen Gefangenen vor Gericht. Trotzdem ist die Zivilgesellschaft aktiv.

Der Prozess wurde von ganz neuen Richtern geleitet. Diese gaben anfänglich zu, nicht genügend eingearbeitet zu sein. Auf Antrag der Verteidigung, den Prozess wegen der Bewahrung der Meinungsfreiheit doch einzustellen, wie Experten schon im Sommer in zwei Schriftstücken eingebracht haben, wurde der Prozess für etwa 15 Minuten unterbrochen, danach lediglich die Verschiebung auf den 18. April bekannt gegeben. Für uns heißt es, am 18. April wieder präsent zu sein, die Einladung und das Beiprogramm wird im Februar durch den TIHV bekannt gemacht.

## **Prozessbeobachtung 26/27.12.17 Teil II**

Der 2. Teil unserer Reise fand mit dem freundlichen Abschied in dem Behandlungszentrum für Folteropfer in Istanbul statt. Wir waren eingeladen, an ihrer Jahresendfeier bei gutem Essen, Trinken und Musik teilzunehmen. Wir bekamen sogar Geschenke für das Neue Jahr mit und natürlich die guten Wünsche, verbunden, sie als Menschenrechtler in schwierigen Zeiten nicht im Stich zu lassen. In der Nacht brachte uns das Flugzeug nach Diyarbakir.

Strahlender Sonnenschein mit bis zu 15 Grad Celsius war der Kontrast zum Anlass unseres Kurzbesuches in Diyarbakir. Dr. Necdet Ipekyüz, eines der wichtigsten Mitglieder der Zivilgesellschaft im medizinischen Bereich in Diyarbakir, Gynäkologe, früherer Präsident der Ärztekammer Diyarbakir, später vorübergehend auch Leiter des Behandlungszentrums für Folteropfer in Diyarbakir (TIHV), ebenfalls aktiv in verschiedenen medizinischen und gesellschaftlichen Organisationen – wir haben ihn auf unseren Delegationsreisen regelmäßig treffen können – ist unter dem absurden Vorwurf, dem Terrorismus Vorschub zu leisten, weil er medizinische Vorträge, u.a. zum sozialen Trauma in der kurdischen Gesellschaft des Südostens der Türkei, vor dem bisher nicht verbotenen Demokratischen Sozialforum gehalten habe. Ihm droht Gefängnisstrafe. Wir drei, Eva, Gisela und Elu, waren die einzigen internationalen Prozessbeobachter bei diesem Prozess, ansonsten waren eine ganze Reihe von Sympathisanten und Unterstützern aus der Region, aus Ankara und Istanbul gekommen, um ihm den Rücken zu stärken. Auch seine Frau und seine drei schon erwachsenen Kinder, u.a. auch die ausgebildete Psychologin, die mit syrischen Flüchtlingen arbeitet, konnten wir bei dieser Gelegenheit kennen lernen.

Die Kontrollen, um ins Gerichtsgebäude zu kommen, waren sehr scharf, zweimalige Durchleuchtung und Feststellung der Identität waren die drei Stationen. Wir als Personen aus dem Ausland haben bei dieser Gelegenheit besonders große Aufmerksamkeit bekommen. Erst irgendwelche anonymen Autoritäten mussten grünes Licht geben, dass wir auch den Prozess beobachten konnten.

Obwohl um 10.00 Uhr der Prozess angesetzt war, erfuhr wir erst gegen Mittag, dass er auf 14.00 Uhr verschoben worden war. Erst im Gerichtssaal wurde den Anwälten und dem Angeklagten bekannt, dass neben Dr. Ipekyüz noch gegen zwei andere Angeklagte im selben Verfahren verhandelt wurde: gegen den Agrarwissenschaftler Dr. Dilekci Veysi, der von Van über einen Bildschirm zugeschaltet wurde, und dem Arzt Dr. Dogan Osman aus Adana, den von den Unterstützern von Dr. Ipekyüz bis dahin niemand kannte. Alle drei sind angeklagt wegen Ihres Engagements im demokratischen Sozialforum, das angeblich der PKK nahe stehen würde (was offensichtlich absurd ist), bisher aber legal agieren kann.

Alle drei Angeklagten wiesen die Vorwürfe in engagierten Stellungnahmen zurück. Das Publikum klatschte sogar nach der Verteidigungsrede von Dr. Necet Ipekyüz, was darauf schließen lässt, dass sie inhaltlich sehr beeindruckend war. (Leider gab es keine Übersetzung für uns). Sie liegt uns schriftlich in türkischer Sprache vor, muss aber nach unserer Rückkehr erst noch übersetzt werden. Zumindest der Vorsitzende Richter hat die Ausführungen sehr aufmerksam verfolgt. Die beigeordneten Richterinnen waren noch sehr jung.

Nachdem die Anwälte der Angeklagten noch ihre eigene Stellungnahme abgegeben haben, wurde der Prozess auf den 18. Mai vertagt. Als Resümee fasste Dr. Metin Bakkalci vom TIHV in Ankara nach dem Prozess folgendermaßen zusammen: „Die Richter haben verstanden, dass es eine stupide Anklage ist, die jeglicher Grundlage entbehrt. Sie können wegen der derzeitigen politischen Großwetterlage in der Türkei nicht einen Freispruch riskieren, deshalb verzögern sie und fällen keine Entscheidung. Ansonsten müssen sie befürchten, ausgewechselt zu werden oder gar ihren Job zu verlieren. Irgendwelche Richter werden sich finden, die im Sinne der Regierung urteilen“

Für die Angeklagten ist das eine höchst zermürbende Angelegenheit, für die unterstützenden Menschenrechtsorganisationen bedeutet es, dass sie durch den Aufwand mit diesen Prozessen in ihrer eigentlichen Arbeit blockiert sind, ein effektives und elegantes Mittel, um die oppositionelle aktive Zivilgesellschaft lahm zu legen. Umso wichtiger erscheint es uns, dass wir ihnen mit unserer Präsenz zeigen können, dass sie nicht allein dastehen.

Solche Treffen sind auch immer wieder gute Gelegenheiten, alte Bekannte zu treffen und mit ihnen zu reden. So trafen wir beim Prozess Dr. Serdar Küni aus Cizre, der selbst am 24.4.2018 seinen Revisionsprozess in Shirnak hat. Er freute sich, uns wieder zu sehen. Die Anspannung und Strapazen des letzten Jahres waren ihm aber noch anzusehen. Ob er sich und seine Familie langfristig in Cizre halten kann, wo er im dortigen Zentrum des TIHV weiter aktiv ist, sonst aber keine Anstellung mehr hat, ist fraglich.

Und noch eine alte Bekannte aus früheren Tagen konnten wir treffen. Dara, eine der wenigen christlichen Armenierinnen noch in der Stadt. Sie ist immer noch gezeichnet von den traumatischen Folgen des Krieges 2015/2016. Die Situation ihrer Familie hat sich durch weitere Zwischenfälle verschlechtert: Ihr Bruder ist im Gefängnis, ihr Freund und Lebensgefährte grundlos von der Polizei zusammengeschlagen worden, so dass er im Krankenhaus an mehreren Knochenbrüchen operiert werden musste, sie selbst sitzt im Touristikzentrum, das sie in früheren Tagen mit viel Elan und Enthusiasmus aufgebaut hatte, isoliert, allein und ohne Tätigkeit, jeder Zeit kann sie entlassen werden. Das neueste Dekret, das jeder Zivilist, der einen „Terroristen“ tötet, straffrei ausgeht, hat sie noch besonders schockiert: sie sitzt

an ihrem Arbeitsplatz als bekannte Angehörige einer sehr kleinen Minderheit quasi wie auf einem Präsentierteller. Sie fühlt sich wie auch andere überhaupt nicht mehr sicher. Auch sie denkt an Flucht, ein herber Verlust für Diyarbakir. Wir haben sie in der Vergangenheit als sehr mutige und kämpferische Frau kennen gelernt. Angst, Resignation und zunehmende Rechtlosigkeit vertreiben die letzten Angehörigen einer christlichen Minderheit. Die Türkei wird dadurch kulturell und sozial ärmer.

*Die Prozesse gegen Akademiker, Journalisten, Menschenrechtler und Arztkollegen werden weitergehen. Wer sich vorstellen kann, sich an Beobachtungen zu beteiligen, kann sich gerne bei uns melden (penteker@t-online.de).*

## **Adil Yiğit: Vorher Aberkennung der Akkreditierung beim G20-Gipfel, nun Abschiebung**

*„Sehr geehrte Mitglieder des Landtages,*

wir wenden uns an Sie, weil wir über die Vorgänge um den türkischen Journalisten Adil Yiğit irritiert und um seine Sicherheit besorgt sind. Adil Yiğit lebt seit 35 Jahren in Hamburg, ist Chefredakteur des Online Mediums „Avrupa Postasi“, hat aber auch Artikel für „die Zeit“ und „die Tageszeitung“ geschrieben. Er ist nicht nur bekannt als Erdoğan-Kritiker, sondern berichtet auch kritisch über den NSU-Komplex, den Jahrestag des Brandanschlags in Mölln oder die Rekrutierung von Jugendlichen für den IS.

Adil Yiğit gehört zu den 32 Journalist\*innen, denen im Rahmen des G20-Gipfels die Akkreditierung entzogen wurde. Dieses Vorgehen wurde vielfach kritisiert. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es sich in seinem und in mindestens zwei weiteren Fällen um ein Zugeständnis an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gehandelt hat. Adil Yiğit verlangte neben vielen weiteren Journalist\*innen eine Aufklärung über den Vorgang, die bis heute nicht erfolgt ist. Stattdessen wurde Adil Yiğit am 21. November vom Bezirksamt Hamburg-Mitte mitgeteilt, dass seine Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert werden sollte. Eine Abschiebung in die Türkei käme einer Auslieferung an die türkische Regierung gleich.

Wir sind irritiert darüber, dass trotz der weltweiten Kritik an der Inhaftierung von Journalist\*innen in der Türkei, das Bezirksamt Hamburg-Mitte die De-facto-Auslieferung eines weiteren kritischen Journalisten in die Türkei betreibt. Wir weisen darauf hin, dass zur Zeit über hundert Journa-



list\*innen in der Türkei inhaftiert sind, mehr als in jedem anderen Land der Welt und dass für Inhaftierte weder eine menschenwürdige Behandlung, noch ein fairer Prozess zu erwarten ist. Wir bitten um Aufklärung, weshalb das Bezirksamt Hamburg-Mitte, dem die Situation sicherlich ebenfalls bekannt ist, diese Entscheidung über den Aufenthalt von Adil Yiğit getroffen hat.

Wir fordern den Landtag auf, die De-facto-Auslieferung von Adil Yiğit zu stoppen.

Angesichts der aktuellen Entwicklung ist außerdem eine Aufklärung darüber, auf wessen Betreiben Adil Yiğit und anderen Journalist\*innen die Akkreditierung während des G20-Gipfels entzogen worden ist, dringend geboten.“

TÜDAY-Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V, info@tuesday.de, www.tuesday.de

**ANF NEWS**

## Nachrichtenagentur Firatnews (ANF) mit aktuellen Meldungen – nun auch auf Deutsch

Die Medienlandschaft in der Türkei gilt als weitgehend gleichgeschaltet. Die meisten Zeitungen, Verlage, Fernsehsender und Nachrichtenagenturen stehen entweder unter staatlicher Kontrolle oder gelten als regierungsnah. Die wenigen Nachrichtenquellen, die sich dieser Tendenz zu widersetzen versuchten, stehen spätestens seit dem Putschversuch 2016 unter massivem Druck der AKP-Regierung.

Noch schwieriger wird es, wenn Journalisten sich an das Thema Kurdistan wagen. Auch wenn es nie ein offizielles Gesetz hierzu gab, galt die Berichterstattung über die kurdischen Siedlungsgebiete der Türkei als verboten. Wer sich dennoch daran wagte, musste nicht selten mit dem Leben dafür zahlen. Der sogenannte Tiefe Staat in der Türkei sorgte dafür, dass eine Vielzahl von kurdischen Journalisten seit Mitte der 90er Jahren „verschwand“. Als selbst das nicht reichte, wurden im Dezember 1994 die Redaktionsräume der pro-kurdischen Tageszeitung Özgür Ülke in Istanbul und Ankara zeitgleich in die Luft gejagt. Doch der Journalismus in Kurdistan ließ sich auch hiervon nicht abschrecken. Es wird trotz bis in die Gegenwart anhaltender Pressefeindlichkeit weiter über die Entwicklungen und Ereignisse in Kurdistan berichtet.

In der Tradition dieser Pressetätigkeit steht auch die Nachrichtenagentur Ajansa Nûçeyan a Firatê (auch Firatnews, abgekürzt ANF). Bereits 2005 im europäischen Exil gegründet, verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk

von haupt- und ehrenamtlichen Journalisten, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Bislang konnte man auf der Homepage von ANF die aktuellen Ereignisse in kurdischer, türkischer, englischer, arabischer, persischer und spanischer Sprache verfolgen. Seit Kurzem bietet die Nachrichtenagentur nun ihre Dienste auch in deutscher Sprache an.

Die deutschsprachige Homepage von ANF lautet: <https://anfdeutsch.com/>

## Aufruf zur Solidarität mit politischen Inhaftierten in der Türkei



Die politische Lage in der Türkei spitzt sich immer weiter zu. Laut eines aktuellen Berichts der Vereinen Nationen soll die türkische Regierung unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ seit dem Putschversuch im Juli 2015 systematisch gegen Oppositionelle, insbesondere gegen Kurden, vorgegangen sein. Der Bericht gibt an, dass mindestens 350.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Zudem haben die Sicherheitskräfte 321 Zivilisten, darunter 79 Kinder und 71 Frauen, getötet und mehrere Häuser zerstört.

Seit dem Putschversuch wurde die Immunität von 50 Abgeordneten der pro-kurdischen Partei HDP (Demokratische Partei der Völker) aufgehoben, ca. 15.000 Mitglieder, leitende Angestellte, Bürgermeister und Stadträte verhaftet. 7.000 von ihnen sind immer noch inhaftiert. Im mehrheitlich von Kurden bewohnten Südosten des Landes ist die Situation besonders schlimm. Dort sind viele politisch aktive Menschen in Haft, unter ihnen Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder oder Angehörige der prokurdischen Partei HDP.

Mehr als 120.000 Beamte, Staatsanwälte und Richter wurden entlassen. Darunter Akademiker, die den sogenannten „Friedensausruf“ gegen die „Vernichtungspolitik“ der AKP-Regierung vergangenes Jahr (Januar 2016) unterzeichnet hatten. Auch wurde ihnen die Ausreise ins Aus-

land verboten, während Akademiker, die sich im Ausland aufhielten, zurückgerufen wurden.

Der Druck auf die demokratischen Kräfte in der Türkei steigt. Deswegen ist es so wichtig, diese mutigen Menschen auch hier in Deutschland zu unterstützen und ihnen unsere Solidarität zu zeigen.



Vergangenes Jahr haben mehr als 60 Bundestagsabgeordnete unter dem Programm des Deutschen Bundestages „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ fraktionsübergreifend Patenschaften für bis zu 37 Abgeordnete der HDP übernommen. Dies ist ein wichtiges Zeichen. Niemals zuvor war eine derart große Gruppe von Parlamentariern auf einmal in das Programm aufgenommen worden.

**Aber auch wir, die Zivilbevölkerung, sollten mehr Solidarität zeigen. Hier ist unser Vorschlag:**

Gründen Sie mit Bekannten und Gleichgesinnten einen „Freundeskreis“ in Ihrer Stadt. Dann suchen Sie sich eine Stadt oder Gemeinde in den kurdischen Regionen in der Türkei heraus und verfolgen detailliert die Prozesse der inhaftierten Politikerinnen und Politiker vor Gericht und/oder die Menschenrechtsverletzungen in dieser Ortschaft.

Versuchen Sie, den Bürgermeister Ihres Ortes dafür zu gewinnen, den Menschen in der Türkei gemeinsam mit Ihnen zur Seite zu stehen. Zur Prozessbeobachtung könnte ein Mitglied Ihres Freundeskreises persönlich in die Türkei reisen. Prozesse sind dort genauso öffentlich wie bei uns. Oder Sie lassen sich von Menschen aus der Partnergemeinde direkt informieren, denn für die Prozesse in die Türkei zu fahren ist natürlich sehr aufwändig.

Sollte es schon Freundeskreise in Ihrer Umgebung geben, umso besser. Sie können sich einfach anschließen. Je mehr Stimmen wir sind, desto mehr Hoffnung besteht für eine Freilassung der politischen Inhaftierten. Nur so kann es in der Türkei wieder einen Schritt in Richtung Demokratie und mehr Menschenrechte geben.

Wir von der Gesellschaft für bedrohte Völker werden Sie dabei gerne unterstützen und mit Ihnen gemeinsam besprechen, wie so ein Freundeskreis entstehen kann. Wir

haben sowohl in Deutschland als auch in der Türkei ein großes Netzwerk von Freunden und Unterstützern.

Machen Sie mit und helfen Sie den Menschen in der Türkei wie Selahattin Demirtas, Gültan Kisanak und tausenden weiteren zu Unrecht Inhaftierten.



Selahattin Demirtas hat sich in seiner gesamten Laufbahn nie davor gescheut, Kritik an der islamistischen Politik Erdogans zu äußern. Im Mai 2016 wurde auf Bestreben des türkischen Präsidenten die Immunität von Demirtas aufgehoben, im November folgte seine Festnahme. Ihm drohen 142 Jahre Haft wegen „Herabwürdigung der türkischen Nation“.



Das schwere Los von Gültan Kisanak spiegelt das Schicksal tausender politisch aktiver Frauen in der Türkei wieder. Die kurdische Politikerin gehört der alevitischen Minderheit an und war bis zu ihrer Verhaftung im September 2016 Oberbürgermeisterin von Diyarbakir, einer Mehrheitlich von Kurden bewohnten Großstadt im Südosten der Türkei.

<https://www.gfbv.de/de/informieren/kampagnen/solidaritaet-mit-politischen-gefangenen-in-der-tuerkei/>

## Erdoğan besucht Kriegsverbrecher al-Bashir

Beim seinem dreitägigen Sudan-Besuch hat sich Präsident Erdoğan mit seinem Amtskollegen Omar al-Bashir getroffen, gegen den ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) im Haag wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Darfur-Konflikt besteht. Dabei seien wirtschaftliche, kulturelle sowie soziale Beziehungen angesprochen worden, so regierungsnahen Medien, die Erdoğan auf seiner Reise begleiteten.

Nach Angaben des türkischen Präsidenten hat der IStGH Ankara während der außerordentlichen Sitzung der Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC), die am 13. Dezember in Istanbul stattgefunden hat, aufgefordert, al-Bashir festzunehmen zu lassen. „Da kann man doch nur lachen“, so die damalige Reaktion Erdoğan's.

In den türkischen Medien wurde der Besuch als „historisch“ bewertet. Die beiden Staaten hätten sich darauf geeinigt, einen strategischen Kooperationsrat einzurichten und den Handel zu intensivieren. Al-Bashir's dunkle Vergangenheit im Darfur-Konflikt blieb dabei unerwähnt. Das aktuelle jährliche Handelsvolumen von 500 Mio. US-Dollar soll auf eine Mrd. USD gesteigert werden. „Wir ermutigen Geschäftsleute, im Sudan zu investieren“, erklärte Erdoğan auf der gemeinsamen Pressekonferenz.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.fnst-turkey.org](http://www.fnst-turkey.org)

## Der angezeigte iranische Ex-Richter ist ausgereist

Von Isabel Schayani, WDR und Tina Alfes, NDR

Abgeschirmt, bewacht von vielen persönlichen Begleitern, hat Ajatollah Mahmud Haschemi Schahrudi heute Morgen (11. Januar) gegen 9 Uhr die Klinik in Hannover verlassen. Die Kolonne aus vielen Wagen mit diplomatischen Kennzeichen setzte sich unter Polizeischutz in Gang – in Richtung Flughafen Hamburg.



Zur gleichen Zeit gab die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bekannt, dass sie gegen Schahrudi Vorermittlungen

wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet hat. Doch aufgrund von Vorermittlungen kann niemand an einer Ausreise gehindert werden. Exil-Iraner sind enttäuscht. Am Flughafen Hamburg versammelten sich mehrere Menschen zu spontanen Protesten, um gegen die Ausreise Schahrudis zu demonstrieren.

### Er verhängte Tausende von Todesurteilen

Als Oberster Richter war Schahrudi von 1999 bis 2009 mitverantwortlich für umstrittene Todesurteile. Vielen Iranern gilt er bis heute als einer der härtesten Vertreter des Regimes. In seiner Amtszeit soll er Tausende von Todesurteilen, Folterungen, Auspeitschungen und Vergewaltigungen angeordnet oder nicht gestoppt haben. Heute gilt er als möglicher Kandidat für die Nachfolge des geistlichen Oberhauptes Ajatollah Ali Chamenei. Den deutschen Behörden dürfte er kein Unbekannter gewesen sein, als er das Visum erhielt. Offenbar war er bereits vor Weihnachten eingereist.

Während der jüngsten Demonstrationen im Iran verbreitete sich die Nachricht von Schahrudis Deutschlandreise unter den Protestierenden schnell – und rief Empörung hervor: Ausgerechnet Schahrudi, der vielen Iranern als Verbrecher gilt, kann sich offenbar problemlos in Deutschland behandeln lassen.

### Strafanzeigen gegen Schahrudi gestellt

Erst Anfang dieses Jahres war auch in Deutschland publik geworden, dass Schahrudi in Hannover ist. Der ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck stellte vergangene Woche Strafanzeige gegen ihn wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Sechs iranische Menschenrechtsorganisationen haben Fakten über den Richter zusammengetragen. Der Strafrechtler Payam Akhavan, ehemaliger Ankläger beim Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag, gehört dazu. Schahrudis Vorgehen sei planvoll gewesen: „Festnahmen, Haft, Verhöre, die bis zu 24 Stunden dauerten, psychische und körperliche Folter mit zum Teil schweren Verletzungen, die bis zum Tod führen konnten. Justiz und Gefängnisse folgten diesem Drehbuch - von Teheran bis Sanandadsch.“ (...)

<https://www.tagesschau.de/inland/ajatollah-in-deutschland-101.html>, 11.01.2018



## medico: Spendenaufruf für Häuser der Hoffnung in Sirnak



Es sind etwa 1000 Familien aus Şırnak, die sich entschlossen haben zu bleiben. Ihre Häuser und Wohnungen wurden während der militärischen Auseinandersetzungen in den kurdisch geprägten Städten der Südosttürkei zerstört. Insgesamt hat dies weit über 500.000 Menschen getroffen. Sie alle flohen vor den Kämpfen in den Städten und dem brutalen Vorgehen des türkischen Militärs und der Sicherheitskräfte.

Und auch nach den Kämpfen geht die Zerstörung der Stadt weiter: Auf Anweisung der Regierung Erdogans werden die zerstörten Stadtteile aktuell abgerissen und neu aufgebaut. In diesem Gentrifizierungsprozess werden bewusst alte Viertelstrukturen zerstört und stattdessen Wohntürme und gut einsehbare Straßen gebaut. Entschädigungszahlungen sind an Kreditaufnahme für die teuren Mietpreise der Neubau-Wohnungen gekoppelt. Dies können sich besonders diejenigen nicht leisten die alles verloren haben. Die Rückkehr ist unter solchen Bedingungen keine Option.

Die Betroffenen geben jedoch nicht auf und lassen sich nicht verdrängen. Für 1000 vertriebene und obdachlos gewordene Familien wird nun der Wiederaufbau von Häusern organisiert – in der ländlichen Region um Şırnak. Viele Familien haben in den Dörfern, aus denen sie in den 1990er Jahren schon einmal fliehen mussten, zum Teil noch Grundstücke bzw. teilen diese nun mit ihren Nachbarn und Mitmenschen. In Selbstverwaltung werden Häuser errichtet. Ein Komitee aus lokalen Vertretern der Zivilgesellschaft Şırnaks regelt die Verteilung des Baumaterials, zuerst an die besonders Bedürftigen. Unter professioneller Anleitung werden die Häuser dann in Eigenregie und mit Hilfe der restlichen Dorfbewohner\*innen errichtet. Das Baumaterial für die Häuser wird über Spenden finanziert.

So können die Menschen bleiben und setzen damit ein starkes Zeichen für die Idee einer demokratisch verfassten Türkei, in der die Rechte der kurdischen Bevölkerung anerkannt sind.



### Unterstützen Sie den Hausbau mit einer Spende!

Ein Basishaus ist ca. 60qm groß und für eine Familie von sechs bis sieben Personen bestimmt.

Die Materialkosten für ein Haus belaufen sich auf umgerechnet 3.165 Euro. Aber auch kleinere Summen helfen schon weiter: so kann mit 120 Euro beispielsweise eine Haustür und mit 360 Euro die benötigten Fenster für ein Haus finanziert werden. Für 10 Euro können die ersten Bausteine oder Zement gekauft werden.

**Spendenkonto: medico international**  
**IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00**  
**BIC: HELADEF1822, Frankfurter Sparkasse**  
**Stichwort „Türkei/Kurdistan“**

## HDP ruft zur Menschenrechtsbeobachtung nach Nordkurdistan

Die neu gegründete Deutschland-Vertretung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) ruft für das Newroz-Fest am 21. März 2018 zur Teilnahme an einer Menschenrechtsbeobachtung in Nordkurdistan (Südosttürkei) und der Türkei auf.

Wie jedes Jahr wird am diesjährigen 21. März wieder das Newroz-Feuer in Kurdistan entfacht. Das Newroz-Fest symbolisiert für die Kurdinnen und Kurden sowie zahlreiche weitere Völker des Mittleren Ostens den Widerstandswillen und den Kampf für die Freiheit. Es ist ein Ausdruck der farbenfrohen Kultur Mesopotamiens und des gesamten Mittleren Ostens. Für die kurdische Gesellschaft wird in diesem Jahr die Forderung nach demokratischen Grundrechten in ihrer Heimat Kurdistan und der Türkei eine zentrale Rolle spielen.

Das Ziel der diesjährigen Delegation ist es, als internationale Menschenrechtsbeobachterinnen und -beobachter Präsenz zu zeigen und die Menschenrechtssituation vor Ort zu dokumentieren. Durch Besuche verschiedener politischer und gesellschaftlicher Einrichtungen erhalten die Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer die Möglichkeit mit der Zivilgesellschaft direkt in Kontakt zu treten. Die Delegation wird vor Ort von der HDP betreut werden.

Kontakt: [newroz@civaka-azad.org](mailto:newroz@civaka-azad.org)

## Das Journal „Eine andere Türkei ist möglich“ von taz.gazete

Seit Anfang 2017 existiert das deutsch-türkische Onlineportal taz.gazete <https://gazete.taz.de> mit der Unterstützung der taz Panter Stiftung.

„Am 15. Dezember erscheint das Journal „Eine andere Türkei ist möglich“, eine 72-seitige Broschüre, in dem das türkisch-deutsche Online-Portal taz.gazete seine Arbeit vorstellt und eine Auswahl an bisher publizierten und etliche neue Beiträge, Interviews, Comics und Reportagen von türkischen Autoren liefert.

Darunter befinden sich: die Dokumentation der Verteidigungsreden angeklagter Journalisten in Istanbul, ein Interview mit dem in der Türkei inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel, ein Interview mit der abgesetzten, jüngsten Bürgermeisterin der Türkei, Leyla İmret aus der kurdischen Stadt Cizre, eine Reportage über die Frauenbewegung und eine über die abgesetzten und verfolgten Akademiker in der Türkei und in Deutschland, eine Geschichte über die Verfolgung und Repression der Kurden, eine Reportage aus Washington vom Prozess gegen einen ehemaligen Mitstreiter Erdogans, die Geschichte einer Frau, die mit ihrem Baby ins Gefängnis muss, eine Comic-Geschichte, in der die Comiczeichner sich selbst und ihre Situation thematisieren, der Versuch, die ökonomische Lage der Türkei zu bilanzieren und ein Essay darüber, wie weit sich die türkische Politik schon von Europa entfernt hat.

Mit diesen und vielen anderen Beiträgen versucht die taz.gazete einen Einblick in die Arbeits- und Lebensbedingungen der türkischen Gesellschaft zu geben, die von der Repression der Regierung betroffen sind, aber auch von solchen Stimmen, die sich gegen den Kurs der derzeitigen Politik wehren. Diese Stimmen sind es, die eine andere Türkei wollen. Die taz.gazete will diesen Stimmen mehr Gehör verschaffen, abseits der ewig dröhnenden Nachrichten über das, was der Präsident und die Regierung der Türkei täglich von sich geben.“

<https://gazete.taz.de>. Bestellungen des Journals unter <http://www.taz.de/soli-journal>, [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de)

## Larzac 1971 – 1981 Kaos Yayınları

Es geht bei diesem Buch um den zivilen Ungehorsam und den pazifistischen Widerstand der Zivilbevölkerung in Larzac/Frankreich. Die Bauer und Tierzüchter machten mobil gegen den militärischen Übungsplatz zehn Jahre lang.

**Die türkische Übersetzung des Buches ist inzwischen in der Türkei erschienen und kann bestellt werden unter:**  
<https://www.kitapsec.com/.../>  
**Larzac-1971-1981-Kaos-Yayınları-Yayıncı Kaos**  
**ISBN 9789757005513**

## Twilight of the Kurds

By Joost Hiltermann, Maria Fantappie

Kurdish officials once dreamed of forging their own state out of the ashes of the war against the Islamic State. Now they are fighting for their very survival.

<http://foreignpolicy.com/2018/01/16/twilight-of-the-kurds-iraq-syria-kurdistan/>, <https://www.crisisgroup.org/>

## Hinweis auf sonstige Infostellen

**Azadi**, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

[azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de); [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)

**Demokratisches TürkeiForum**,

[info@tuerkeiforum.net](mailto:info@tuerkeiforum.net), [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net)

**Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für**

**Öffentlichkeitsarbeit e.V.**, [info@civaka-azad.org](mailto:info@civaka-azad.org),  
[www.civaka-azad.org](http://www.civaka-azad.org)

**Gesellschaft für bedrohte Völker**, [nahost@gfbv.de](mailto:nahost@gfbv.de),  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.**,

[isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org); [www.nadir.org/isku/](http://www.nadir.org/isku/)

**Kurdmania.com**, Portal für Politik & Kultur,

[www.kurdmania.com](http://www.kurdmania.com)

**Kurdisches PEN-Zentrum**, [webmaster@pen-kurd.org](mailto:webmaster@pen-kurd.org),  
[www.pen-kurd.org](http://www.pen-kurd.org)

**Kurdistan Report**, [www.kurdistanreport.de](http://www.kurdistanreport.de)

**Mezopotamian Development Society**,

[MESOP@online.de](mailto:MESOP@online.de), [www.mesop.de](http://www.mesop.de)

**NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V.**,

[info@navend.de](mailto:info@navend.de), [www.navend.de](http://www.navend.de)

**The Turkish Economic and Social Studies Foundation**  
 (TESEV), [www.tesev.org.tr/eng/](http://www.tesev.org.tr/eng/)

**Zentrum für TürkeiStudien**, [www.zft-online.de](http://www.zft-online.de)